

Es ist ein täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 2 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Subskribenten: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln. in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1902 unter Nr. 6709.

# Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Spalte oder deren Raum 1 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Honorare für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Ausführl. Amt I. Nr. 4186.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 24. März 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Bu viel des Eifers.

So widerlich uns auch Herr Ahlwardt und seine Gesellschaft sein mag, so können und wollen wir doch unsere recht lebhafteste Schadenfreude nicht verleugnen, daß die konser-vative Partei diesen Ahlwardt sich und allen übrigen bürgerlichen Parteien in den Pelz gefest hat. Der Antisemitismus sollte die Dummen für die Krautjunker-Demagogie einfangen und den bürgerlichen Liberalismus zu Schanden machen — und siehe da, das Schreckenskind ist der Schrecken seiner Eltern geworden und der ganzen heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Daß ein blinder, blöder Hödur mit seinem stumpfen Geist und seinen stumpfen Waffen den Reichstag des deutschen Denkervolkes zwei Tage lang beschäftigen und in Athem halten kann, wäre undenkbar, wenn hinter dem Hödur nicht eine verborgene Kraft stünde, die seinen stumpfen Geschossen Spitze, seinem schwächlichen Arm Stärke verleihe. Diese unsichtbare Kraft ist das böse Gewissen der kapitalistischen Gesellschaft.

Der blinde, blinde Hödur zielt auf den Juden, und er trifft den Kapitalismus, und in ihm die herrschende Staats- und Gesellschaftsordnung.

Daher die feberhafte Erregung des Reichstags, die sonst ganz unerklärlich wäre.

Der blinde, blinde Hödur hat wunde, schmerzhafteste Stellen berührt, er ist auf einen gefährlichen Boden getappt, unter dem lichtscheue Geheimnisse schlummern.

Woh! getappt — denn Hödur weiß offenbar nichts. Wie sich vor der Vertrauenskommission des Reichstags herausstellte, kennt er nicht einmal das von Slogau, Meyer, Gehlsen schon vor 10, 20 Jahren gelieferte Material. Aber — damals wurde Alles begraben, es ist Gras darüber gewachsen, und jetzt tanzt der blinde, blinde Hödur auf dem gefährlichen Fleck herum.

Kein Wunder, daß es allen Parteien graut, die Geheimnisse dort liegen haben. Und welche hätte es nicht — mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die als lachender Dritter zuschaut? —

Die Geschichte der Milliardenära ist die wichtigste Anklageschrift gegen die deutsche Bourgeoisie, deren Schuldkonto auf jeder Seite in steigendem Maße wächst. Wäre irgend Einer besser geeignet, die Geschäfte des Kapitalismus zu bejagen, als Herr Eugen Richter, der fanatische Agent des Reiches? Am 3. März 1873 freilich nannte er im preussischen Abgeordnetenhaus die „pensionierten Beamten“, die ihre „hohen Adelstitel“ auf Gründungsprospekte setzten, „Schlepper im Bauernfang“, am 29. März 1876 aber, als die liberalen Gründer entlarvt wurden, nannte er die Kritiker seiner Freunde „Bauernfänger in schlimmster Gestalt“. Im Jahre 1869 forderte er die Beseitigung der preussischen Seehandlung, als einer „Spartasse für Staatsstreich“. Am 2. März 1876 verteidigte er gegen den Gründer von Kardorff, der den Romantiker spielte gegenüber der Seehandlung und ihre Aufhebung forderte, diese selbe staatliche Anstalt. In der

Zwischenzeit, 1872, nämlich hatte die Seehandlung der größten aller Emissionsbanken, der Miquel-Hansemann'schen Diskonto-Gesellschaft, aus den Beständen des Staatschahes drei Millionen Thaler gegen 2 1/4 pCt. Zinsen und ohne Unterlage vorgestreckt, dank dem Einflusse des Finanzministers Camphausen.

Haben sie nicht damals gegründet, subskribiert, spekuliert, profitiert, die Größen der bürgerlichen Politik, der bürgerlichen Blätter, die Abgeordneten, die Literaten, Konser-vativen und Liberale, Adelige und Bürgerliche, Prinzen und Herzöge, Geheimräthe und Redakteure, haben sie nicht aus dem Goldstrom geschöpft, der ewig zu fließen schien? Sihen nicht heute noch in den Parlamenten Männer, die in dem amtlichen Berichte über die Eisenbahn-Gründungen in Preußen figuriren?

War Herr von Kardorff nicht an der famosen Bahn Creuzburg-Posen betheilig, war er nicht zu gleicher Zeit Mitglied des Aufsichtsrathes der Bahn als auch der mit dem Bau der Bahn beauftragten Kontinental-Eisenbahn-Baugesellschaft, deren Vorstehender er sogar gewesen ist, vertrat er nicht so durchaus kollidirende Interessen? Er scheint nicht neben dem Prinzen Biron von Kurland, neben dem Fürsten Putbus, dem Herzog von Ujest auch der Prinz Gaudjery in jenem Bericht? Prinz Gaudjery, dessen Wahl soeben von der Kommission für gültig erklärt worden ist trotz alledem, hat damals seine aristokratischen Finger in die Geschäfte der Bahn Berlin-Dresden gesteckt. Er war Vorstehender des Gründungs-Komitees, er wurde wie üblich vom Handelsminister Jhes-plitz verpflichtet, die General-Entreprise nicht zuzulassen, und wie üblich wurde der Bau zuletzt doch einem einzigen Unternehmer, der General-Baubank übertragen. Prinz Gaudjery hatte 350 000 Thaler zu 70 gezeichnet, wobei ihm, wie er selbst angiebt, die Festsetzung eines höheren Konsortialkurses für die Weiterbegebung der Aktien bereits bekannt war, und so einen Gewinn von 20 000—30 000 Thaler gemacht, über den er jedoch, wie er vor der Kommission erklärte, zu Kreiszweden (er war damals Landrath des Kreises Teltow) verfügen wollte. Er hatte, Bescheinigungen beigebracht, in welchen der Inhalt von Briefen, die er selbst über den Sachverhalt entworfen, für richtig erklärt wird.“ Andere Zeugenaussagen liegen über den Kasus nicht vor.

War Herr von Bennigsen nicht neben Herrn Adickes, dem jetzigen Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., betheilig bei der berufenen Gründung der berufenen Bahn Hannover-Altenbeken? Spielte nicht hier die annulhige Komödie, daß die Vernehmung des Vorstehenden des Verwaltungsrathes, des Herrn Adickes, nicht zu ermöglichen war, wofür die Kommission irgend einen Kommerzienrath Cohen zitierte, der sich weigerte zu reden? Um zum Schlusse auf den Reichs-Invalidenfonds zu kommen, den die Spötter in den siebenziger Jahren den „invaliden Fonds“ zu nennen pflegten, wie sieht es mit diesem? Urkundlich festgelegt ist es zunächst, daß der Minister

Delbrück aus der französischen Kriegskontribution für den Reichs-Invalidenfonds und für den Festungsbaufonds über 100 Millionen Thaler ungarantirte Eisenbahnfonds gekauft hat. Es ist weiter bekannt, daß unter diesen Eisenbahnpapieren, deren künstlich hochgetriebener Kurs nur zu schnell wieder stürzte, sich für 8 Millionen Thaler Obligationen der famosen Bahn Hannover-Altenbeken befanden, welche Bahn noch 1 1/2 Millionen Thaler für den Festungsbaufonds und 1 Million Thaler für den Provinzial-Notationsfonds abtief. Wie ferner attemmäßig feststeht, trat Herr Miquel 1873 im Reichstage mit aller Wärme seiner Beredsamkeit dafür ein, daß der Invalidenfonds und andere große Reichs fonds auch ungarantirte Eisenbahnprioritäten erwerben dürften. Deren hat dann in reichem Maße die Diskontogesellschaft geliefert. Als am 7. Februar 1876 die Novelle zum Reichs-Invalidenfonds-Gesetz durchgepeitscht wurde, verwarf die Reichstagsmehrheit ein bei dieser Gelegenheit vom Zentrum beantragtes und vom Abg. Freiherrn v. Schorlemer-Alst begründetes Mißtrauensvotum gegen die Regierung, weil sie 300 Millionen der Fondsgelder in nicht garantirten und unverkäuflichen Eisenbahnpapieren angelegt habe, mit allen gegen die Stimmen der Clerikalen und Sozialdemokraten.

Thut nichts, der Teufel sittlicher Entrüstung setzt jeden Widerspruch davon. Alle sind sie empört, Alle sind sie einmüthig darin zu schweigen. Und die Augen der bürgerlichen Presse, mögen sie sonst sich noch so ingrimmig befehlen, hier fraternisiren sie, in erbebenhelter Freude jubelnd über das „Strafgericht“, den „Ankläger auf der Anklagebank“, eingedenk dessen, daß sie auch gegründet, die Gründer gefördert und gefeiert haben, daß sie als Verleger und als Redakteure betheilig, oder, wie der alte Meyer Umschel Rothschild es vor Gericht nannte, be st o c h e n worden sind. Vertuschen wir, rühren wir nicht diese „ollen Kamellen“ wieder auf, moralisirt gleichfalls der entrüstete Chor der gründungsfesten Parlamentarier. Was denn auch haben sie gethan? Können sie nicht von sich sagen, was 1875 Herr v. Kardorff zu seiner Rechtfertigung schrieb, „daß ich mich an industriellen Unternehmungen nicht betheilig habe, um Schätze zu sammeln, sondern lediglich um mir zu ermöglichen, ohne Vermögensverluste meine parlamentarische Thätigkeit wahrzunehmen“?

Blinder Eifer schadet nur. Uns ist auch diese Wendung des jüngsten sozialen Zwischenspiels willkommen.

### Politische Ueberlicht.

Berlin, den 23. März.  
Der Reichshaushalt. Nach den Beschlüssen des Reichstages bei der zweiten Lesung des Reichshaushalts für das nächste Finanzjahr ist derselbe in Einnahme und Ausgabe um 16,3 Millionen herabgesetzt wor-

### Feuilleton.

Redend verboten. 47

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.  
Autorisirte Uebersetzung.  
Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Das Geständniß, welches Sina widerstrebend gemacht hatte, bestätigte, was er sich schon längst selbst gesagt hatte. Sie wurde von einem langsamen inneren Feuer verzehrt. Die beständige Ungewißheit, das Brüten über eine Sache, von der Boris' Leben abhing, war mehr als ein Mensch von Fleisch und Blut ertragen konnte. Ein plötzlicher Verlust wäre leichter zu ertragen gewesen. Ihr Schmerz hatte jetzt eine solche Stärke erreicht, daß die Vernunft aufhörte, die Empfindungen zu beherrschen.  
Wenn sie in Dubrawnick blieb, war anzunehmen, daß sie einen verzweifelten Schritt thun und sich nutzlos in's Verderben stürzen würde. Sie mußte um jeden Preis entfernt werden.

„Hören Sie mir zu Sina; und Sie Annie auch, denn Sie müssen mir helfen, unsere Freundin zu überzeugen,“ sagte Andrej, Sina's Hand noch in der seinen haltend. „Sie haben ganz recht, wenn Sie meinen, daß ich, ver-folgt, wie ich jetzt bin, nicht viel nützen könnte. Dem kann aber leicht abgeholfen werden. Ich schlage folgendes vor: Ich werde morgen nach St. Petersburg reisen und dort, logen wir, vierzehn Tage bleiben.“

Ich werde die Studentenklubs besuchen, mich in alles mischen um möglichst viel Aufsehen zu erregen. Auf diese Weise werde ich die Aufmerksamkeit der Polizei auf mich lenken. Und dann, wenn sie ganz sicher sind, daß ich in St. Petersburg bin, lehre ich ruhig nach Dubrawnick zurück. Sie müssen mir aber ganz vertrauen und die Stadt verlassen. Persönliche Gefühle müssen manchmal in Erwägung gezogen werden, wie Sie sagen. Sie iddten sich, wenn Sie hier bleiben und das darf nicht sein. Betrachten Sie es als ein Angebot meiner persönlichen Freundschaft für Sie, als nichts Besseres — seien Sie aber nicht eigensinnig. Nehmen Sie meinen Vorschlag an und tauschen wir die Plätze! Wollen Sie? Warum antworten Sie nicht?“

Sina sah sinnend, das Haupt auf die Brust gesenkt da. Es schmerzte sie, Andrej zu verlehen, indem sie einen in solchen Ausdrücken gemachten Vorschlag verwarf. Sie konnte es aber nicht ändern.

„Nein, ich kann nicht,“ sagte sie, langsam den Kopf schüttelnd.  
Er erhob sich und ging zwei Mal im Zimmer auf und ab.

Annie Wulitsch, die in einer Ecke lauerte, wagte es nicht, sich hineinzu mischen. Was konnte sie nach Andrej's Aufforderung noch sagen? Auch Andrej schwieg. Es war zwecklos diesen Punkt weiter zu erörtern. Sina hatte sich darauf gefaßt gemacht unterzugehen, und sie würde auch untergehen. . . . Er konnte sie nicht zurückhalten und hatte auch nicht das Herz ihr wegen ihrer Hartnäckigkeit zu zürnen. Sie konnte unter diesen Umständen nicht anders handeln, auch waren ihre Gründe stichhaltig. Niemand würde aber dadurch glücklich werden.  
„Verheirathe Dich nicht, junger Mann, folge meinem

Rath —“, stieß Andrej hervor, indem er um seinem innern Gefühle Luft zu machen, die beiden Zeilen eines Liebes regitirte. . . . Er richtete diese erbauliche Bemerkung an keinen insbesondere, am wenigsten an Sina, für die der gute Rathschlag zu spät kam.

Sina war es aber gerade, welche die Herausforderung annahm. Sie war froh, einen Anlaß gefunden zu haben, der die Unterhaltung von einem für sie so schmerzlichen Thema abzulenken versprach.

Gedankenvoll über den Tisch gelehnt, zog sie auf dem Tischstuch einige Figuren mit dem Finger.

„Das ist die Moral, die Sie aus der Fabel ziehen, nicht wahr?“ fragte sie.

Andrej antwortete nicht sofort. Sina lehnte sich zurück und streichelte die gelbe Waska, ihre Lieblingskatze, die ihr auf den Schooß sprang, um auch mit dabei zu sein. Ihre erwartungsvollen Blicke folgten Andrej.

„Sicherlich. Wie kann ich anders?“ sagte schließlich Andrej.

Er hatte versucht, Sina's Entscheidung mit soviel innerer Unterwürfigkeit und Demuth aufzunehmen, als er nur zur Schau tragen konnte. Was von einer so edlen Frau kam, die von solch' erhabenen Grundätzen befeuert war, mußte notwendigerweise das Rechte sein. Er konnte nicht hoffen, sie wiederzusehen, und es war jetzt nur sein einziger Wunsch, die paar Stunden, welche sie zusammen zu verbringen hatten, nicht noch schwerer zu machen.  
Er setzte sich neben sie auf's Sopha.

„Leute, welche einen so harten Kampf, wie wir zu bestehen haben, sollten ihre Brust gegen zu zärtliche Gefühle schützen,“ sagte er.  
Er fühlte sich niedergeschlagen und nicht im geringsten



den. Er balanciert nunmehr statt mit 1278,9 Millionen mit 1257,6 Mill. Die Abstriche bei den fortwährenden Ausgaben betragen 881 237 M. Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats weisen eine Erhöhung um 456 887 M. auf. Es sind in diesem Etatsabschnitte Abstriche vorgenommen worden, jedoch sind in denselben 3 Millionen für Erweiterung eines Artillerie-Schießplatzes aus dem außerordentlichen Etat übergeführt. Die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats sind um 15 925 060 Mark gekürzt worden. Diefen Kürzungen entsprechend ist die Anleihe summe im Anleihegesetz auf 180 228 147 M. festgestellt worden. —

**Zum Ahlwardt-Rummel.** Die Konservativen des Wahlkreises Friedeberg-Arnswalde, die dem Ahlwardt bei der Wahl allen möglichen Vorschub geleistet haben, hielten am 21. März, wie der „Herold“ berichtet, eine Versammlung ab, in welcher sie sich von Ahlwardt losagten. Sie sprachen ihr Bedauern aus, Ahlwardt zum Reichstags-Abgeordneten gewählt zu haben. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff. Und der von Herrn v. Bornstedt und anderen Notabeln zu Ahlwardt's Gunsten unterzeichnete Wahlaufauf wird jetzt zur bedeutungslosen Makulatur. — Ueber die Verhandlung des Senatoren-Konvents am 22. d. M. theilt die „Freisinnige Zeitung“ Folgendes mit:

Der Senatoren-Konvent trat in Anwesenheit des Abg. Ahlwardt, des Reichskanzlers, der Minister v. Bötticher und Miquel zusammen, um das Vorgelegte zu prüfen. Das Vorgelegte bestand aber lediglich in geschäftlichen Quittungen über Zahlungen und Darlehen aus dem Jahre 1872, ausgestellt von der Diskonto-Gesellschaft gegenüber der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft. Bekanntlich hatte die Diskonto-Gesellschaft damals intercomit, um den Verkauf dieses Strouberg'schen Unternehmens zu verhalten, wodurch das in Rumänien angelegte Kapital verloren gegangen wäre. Es handelt sich also hier lediglich um Schriftstücke einer Privat-Bankgesellschaft gegenüber einer ausländischen Privat-Eisenbahn-Gesellschaft. In Bezug auf den Reichs-Invalidentfonds wachte Herr Ahlwardt nichts vorzulegen als ein Exemplar des bekannten Pamphlets von Rudolf Mejer von 1877.

Die Geschichte der „Rumänier“ ist übrigens nicht ganz so harmlos, wie Herr Richter dies darstellt. —

Die Polenfraktion sucht ihre klägliche Haltung in der Militärfrage durch allerlei Quersprünge zu verdecken. Doch mag der Kurzer Pognanski, das amtliche Blatt der um Koscielski-Admiralski noch so zweideutig sich äußern, den Staat eine „Stiefmutter“ nennen, der aber doch eine „göttliche Einrichtung“ sei, sicher ist, daß die Wasklapi's des Polenadels und des Polen-Klerus sich ihrer „göttlichen Stiefmutter“, der Regierung, als bewilligungsbefrige Jäger und Apportenträger zeigen werden. —

Der Zentralverband deutscher Industrieller ist seines Jenseits würdig. Wir haben kürzlich bei der Besprechung des Offener Handelskammer-Berichts ausgeführt, daß die um Krupp den vom Reichstage gestrichenen § 158 der Gewerbe-Ordnung-Novelle, den Streik-Paragraphe, mit stürmischer Eifer sich ausgebeten haben. Nun hat der Zentralverband eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, worin die Wiederaufnahme dieses § 158 erbeten wird. Die Schlotbarone haben eine seine Witterung. Nachdem die Regierung Schritt vor Schritt ihnen nachgegeben hat, hoffen sie, daß sie auch diesmal sich zu einem Kompromiß herbeilassen wird. In den Verhandlungsverhandlungen führte der Beauftragte Krupp's u. a. aus:

Wir stehen heute den Auslandsbewegungen vollständig machtlos gegenüber. Das Sozialistengesetz ist aufgehoben, der § 158 ist nicht angenommen, der wästeligen Agitation ist Thür und Thor geöffnet. Wir sehen, daß die Agitation laminarartig wächst, wir sehen, daß die Sozialdemokratie in unseren großen Industrievierteln an Macht zunimmt, und wir können nichts dagegen thun; wir können nichts weiter thun, als uns für alle Ereignisse, die die Zukunft bringt, mit möglicher Ruhe und Kaltblütigkeit versehen. Wir werden, was insbesondere den Steinlohlenbergbau betrifft, lange Pausen in der Auslandsbewegung nicht mehr zu gewärtigen haben; derauf lange Pausen wie von 1872 bis 1899 werden nicht wieder eintreten. Wir haben 1889 den großen Streik gehabt; wir haben im Jahre 1890, im Jahre 1891, im Jahre 1893 Streikbewegungen gehabt, theils größere, theils kleinere. Ich bin der Meinung, sie können heute wieder kommen, morgen, in kürzerer Zeit, in längerer Zeit. Jedenfalls müssen wir mit der Thatsache rechnen, daß die Verhältnisse heute so sind, und daß die Führer der Bewegung alles thun, um jeden Augenblick den Streik wieder ausbrechen zu lassen; wir dürfen nicht überrascht sein, wenn dies heute oder morgen der Fall sein sollte. Das

geneigt, auf eine neue Debatte einzugehen. Aber diesmal ergriß Sina die Offensive.

Ueber die Frage, welche Andrej zu der Bemerkung veranlaßte, hatte sie in letzter Zeit oft nachgedacht. Sie wollte nicht, daß Andrej sie mit dem Eindruck verließ, daß sie dahin gelangt wäre, daß, was sie früher so sehr wertschätzte, zu verwerfen.

„Warum“ fragte sie mit leichter Fronte, „nehmen Sie nicht sofort Retzchajew's Ansicht an, daß ein Revolutionär sich um so mehr der Vollkommenheit nähert, je mehr er einem Volkstrog ähnelt. Alle starken menschlichen Reigungen sind Waube und Fesseln. Aber wozu sind Leute denn zu gebrauchen, die solcher Empfindungen unfähig sind?“

„Sie verwirren zwei ganz verschiedene seelische Fähigkeiten.“ sagte Andrej ausweichend.

Sina wollte antworten. Da kam aber gerade etwas dazwischen, welches ihr Gespräch ganz unterbrach.

„Halten Sie eine Minute inne. Ich hörte irgendwo klopfen.“ sagte Andrej.

Sie horchten. Es war kein Klopfen, sondern ein sonderbares Geräusch, als ob eine Hand voll Sand gegen die Fensterscheiben gemorfen würde.

„Irgend ein Gassenbubenstreich!“ sagte Sina.

Sie sahen niemand auf der Straße.

Annie Wulitsch öffnete aber das Fenster, blühte hinaus und rief lebendig aus:

„Es ist Wassilij!“

Sie eilte die Treppen hinab, um ihm zu öffnen. Bald darauf erschien Wassilij's volle Gestalt und sein strahlendes Gesicht in der Thür; in der einen Hand hielt er einen Koffer, ein Bündel in der andern.

Andrej und Sina erhoben sich, um ihm entgegen zu gehen, ihn zu umarmen und zu begrüßen, als ob er von einer langen Reise zurückgekehrt wäre.

(Fortsetzung folgt.)

ist mit eine Folge davon, daß in Aussicht genommene gesetzliche Maßnahmen unserer Regierung unterblieben, was wir zu bedauern haben.“

Die Wähler müssen auf der Hut sein; denn die soziale und politische Unterdrückung feiert wieder Freudenfeste. —

Der Thurm des Zentrums war in der That einst „ein Thurm“, an dem jedes Wetter und jeder Stoß abprallte. Aber fainus Troas — wir sind Thurm gewesen, können die Führer des Zentrums jetzt sagen. Daß der Thurm Risse hatte, das sah die Welt schon seit einigen Jahren, d. h. seit der Zeit, wo durch eine klügere Staatspolitik der plumpe, brutale Bismarck'sche Kulturkampf eingestellt ward. Wenn ein mächtiges Gebäude Risse bekommt, dann ist es oft noch lange im Stande, Stürmen zu trotzen und Erschütterungen auszuhalten; ist aber einmal ein gewisser Punkt erreicht, dann geht auch der Auflösungs- und Zerbröckelungsprozess mit reißender Schnelle vor sich, und die Massenhaftigkeit, die dem gesunden Bau Stärke gab, beschleunigt den Zusammenbruch des morsch gewordenen. Und so bröckelt es denn jetzt überall. Die Wahl Fusangel's ist nur ein Symptom. Ein zweites ist, daß Herr von Schorlemer, der längst noch so freiküßliche, nun plötzlich die Kandidatur für den Dortmunder Kreis abgelehnt hat. Bei einer festgesetzten Partei hätte das eine so wenig vorkommen können — wie das Andere. —

**Reiheim in Preußen.** Ueber die Wahl Fusangel's schreibt Dr. Sigl im „Bayrischen Vaterland“: „Das Resultat der Reichstags-Wahl in Arnswalde-Olpe-Meschede ist — eine klägliche Niederlage der Berliner Zentrumslitung und insbesondere des reisenden Engels“ Dr. Lieber, dem alle Federn seiner „Engels“-Flügel ausgerissen wurden. Herr Fusangel erhielt 12 016 Stimmen, der Kandidat der Berliner, der alte Böse, nur 8335 Stimmen; zerplittert 450. Das hat mit seinem Singen der reisende Engel“ gethan! Und die garstige Musik, nämlich die Politik des Zentrums und seiner Führer, zu denen das Volk kein richtiges Vertrauen mehr hat. Nicht einmal das Gebet des kleinen Schädler aus der Pfalz, der auch mit zum Böschchen des großen Brandes im Zentrum gelaufen kam, wir meinen seine Agitationsrede in Wählerversammlungen, hat geholfen! Nicht einmal Graf Preyßing imponirt den Westfalen! Das Volk der Wähler will nicht mehr.

Was werden nun die Obergewaltigen des Zentrums thun, die sich übermüthig verschworen, Fusangel gehöre nicht zum Zentrum und werde nie zugelassen werden? Nachdem die katholischen Wähler ihn doch gewählt, schreien sie wenig oder gar keinen Werth darauf zu legen, ob einer zum Zentrum gehört und zugelassen wird oder nicht. — Und diese Ohrfeige haben sich die Herren Ober-Sprengmeister selbst gegeben! —

Als der Eisleberer Kratoall vor der dortigen Straßkammer verhandelt wurde, brachte der Vertheidiger der angeklagten Genossen ein Gedicht zur Sprache, das in dem „Vergboten“, dem reichstreuen Blatt der Grafschaft Mansfeld, kurze Zeit vor dem Ueberfall erschienen war, und durch das er beweisen wollte, daß schon früher in leicht verständlicher Weise den Vergarbeitern der Wink gegeben worden sei, der Agitation der Sozialdemokraten im Mansfelder Kreise mit Gewalt entgegenzutreten, sodaß auch der Ueberfall der sozialdemokratischen Versammlung als ein Versuch aufgefaßt werden müßte, die Sozialdemokraten einzuschüchtern und vor weiteren Versuchen der Agitation zu warnen. Wie wir damals berichtet haben, lehnte das Gericht die Verlesung des Gedichts ab. Wir bringen das der Nr. 17 des „Vergboten“ vom 23. April 1891 entnommene „Gedicht“ hiermit zum Abdruck und überlassen den Lesern, was sie daraus folgern wollen. Das Gedicht lautet:

Warnung für die Sozialdemokraten.  
(Von Georg Tiede, Groß-Dörner).

Kommt nur her, Ihr rothen Leute,  
Hier bei uns giebt's keine Leute,  
Denn wir hören nicht auf Euch;  
Wir verachten Eure Lehren  
Womit Ihr uns wollt bekehren.  
Mansfeld ist nicht Euer Reich!  
Mansfeld's Söhne treu und bieder  
Stehen wie geschlossene Glieder,  
Zreu zu Kaiser und dem Reich!  
Haltet fest zu Deutschlands Fahnen,  
Ebenso wie unsre Ahdnen;  
Ruft der Kaiser, komm'n wir gleich.  
Drum Ihr Herr'n Agitatoren,  
Eure Nähe ist verloren.  
Die Ihr Euch hier mit uns nehmt;  
Uns könnt Ihr doch nicht verheizen,  
Epfern nimmer Euren Wahn.  
Mansfeld ist für Euch verpönt.  
Mansfeld's Berg- und Hüttenleute  
Hallen Euch doch nicht zur Beute,  
Darauf braucht Ihr Euch nicht zu'n;  
Denn sie haben sich verbündet,  
Was Euch hiermit sei verstanden,  
Zu nem reichstreuen Verein.  
Darum laßt es Euch nur sagen,  
Ihr mit rothem Schlipf am Kragen,  
Welbet uns vom Uebel nur;  
Sonst könnt' es vielleicht passieren,  
Daß wir hier an Euch probiren  
Eine ganz probate Kur.

Die „ganz probate Kur“ ist probirt worden. Den Nachtheil davon haben aber die Werkzeuge der kapitalistischen Volkverheher gehabt. —

**Die konservative Kritik einer konservativen Regierung.** Dieser Tage hat in Stuttgart eine Versammlung der deutschen Partei stattgefunden, auf welcher der Landgerichtsrath Professor Dr. Gaupp die Restverwaltung besprach und unter stürmischem Beifall ausführte, in welcher unverantwortlicher Weise unter dem früheren Finanzminister von Renner auf Grund der sogenannten Restverwaltung über die Staatsgelder verfügt wurde. Während man die Schuldenentlastung ad calendarum graecas (bis zum St. Nimmerleinstag) vertagt, verfügte man über die Ueberschüsse in einer Weise, wofür ein vernünftiger Finanzminister kein Geld gehabt hätte.

In unserer Restverwaltung haben wir einen Zustand, wie er in ganz Deutschland nicht existirt, und daher wird der neue Finanzminister in der Kammer keine leichte Stellung haben, wenn es sich darum handeln sollte, sie abzuschaffen, denn es suchte jeder Abgeordnete aus der Restverwaltung etwas für seinen Bezirk herauszuschlagen. Was unsere ganze Staatswirtschaft anbelangt, so könnten sich nur 3 im p e l durch die dabei erzielten Ueberschüsse fangen lassen und die Finanzverwaltung deshalb beloben. Solche Ueberschüsse haben wir in den letzten 80er Jahren ca. 18 1/2 Millionen

Mark gehabt, aber wir hätten sie auch gehabt, wenn der letzte Restvisor des Finanzministeriums Finanzminister gewesen wäre. Daß die zuviel erhobenen Steuern in die Restverwaltung fließen, anstatt zur Deckung des laufenden Aufwandes verwendet zu werden, sei eine A b n o r m i t ä t. Anstatt dessen verwenden wir sie dann zu nützlichen, d. h. nicht notwendigen Zwecken. Hätten wir keine Restverwaltung, so würden wir noch 9 1/4 Millionen Mark in der Staatskasse haben und wären nicht gezwungen, die Steuern zu erhöhen. Wir verwenden die Gelder aber lieber, um hohen Staatstechnikern Gelegenheit zu geben, sich durch Monumentalbauten zu verewigen. Daneben liege die Vertheilung der Gelder aus der Restverwaltung in dem Ermessen und der Gnade des Ministers des Innern, und ein Herr von Wegelagerern bemühe sich, davon zu erbafchen. Das ist eine Werra, die ich gar nicht weiter qualifiziren will. Und was führt man zur Rechtfertigung dieser Dinge an? Man sagt, unsere Abgeordneten hätten so wenig Sinn für ideale Zwecke, für Kunst und Wissenschaft, daß ohne die Restverwaltung niemals Forderungen dieser Art in der Kammer durchdringen würden. In Wirklichkeit suche jeder Abgeordnete für seinen Bezirk etwas zu ergattern, man versuche, wie man auf Hinterstufen zum Ziel kommt, so ist die Restverwaltung eine Quelle fortgesetzter Korruption. Bei unserer Verschwendung mit den Geldern der Restverwaltung haben wir gar nicht das Recht, uns über die Forderungen der Militärverwaltung zu beklagen.“

So urtheilt ein Konservativer. Wie aber, wenn ein Sozialdemokrat diese selbe Kritik geübt hätte und vor Gericht gestellt worden wäre? Wir wollen hoffen, daß dann der Landgerichtsrath Gaupp dem Finanzkritiker Gaupp keinen Strich durch die Rechnung machen werde. —

**Vom Moskauer Attentat.** Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: „Man wird doch gut thun, näheres über die Beweggründe des Attentäters abzuwarten, denn man darf nicht vergessen, daß Alexejew, das Stadthaupt von Moskau, auch wiederholt den Politiker gespielt hat. Er ist, um es kurz zu sagen, der Typus jenes brutalen und unwissenden Ultrussenthums, dessen sich die gegenwärtigen Machthaber in Rußland mit scheinbar so großem Erfolge für ihre Zwecke bedienen. Eine recht traurige Rolle hat dieser Alexejew gespielt, als zu Osim 1891 vor der Ankunft des neuen Generalgouverneurs, des Großfürsten Sergei Alexandrowitsch, die Massenaustrreibung der Juden aus Moskau in grausamster Weise vollzogen wurde.“ Es ist übrigens derselbe Alexejew, welcher im Sommer 1891 den Befehl gab, daß keine jüdischen Kranken mehr in die städtischen Hospitäler aufgenommen werden dürften! —

**Italien.** Die Regierung hat sich schließlich doch fügen müssen: es ist ein Siebener-Ausschuß ernannt worden, der die Bankschwindelerei, insoweit politische Charaktere verwickelt sind, zu untersuchen hat. Leider bietet die Zusammensetzung des Ausschusses keine Garantie für gründliche Arbeit, und der tabikale Professor Bovio, den man 6 weniger — zuverlässigen Leuten als Dekoration zugeben hat, will den Posten nicht annehmen. —

**Frankreich.** Heute findet in der französischen Kammer wieder ein boulangistischer Skandal statt. Der berüchtigte Millevoje hat zu diesem Zweck eine Interpellation auf die Tagesordnung setzen lassen, betreffend die Nichtverfolgung Clemenceau's, Floquet's und Anderer. Herr Millevoje wird kein Glück haben. Seit der moralischen Hinrichtung Andrieu's ist diese Boulangistenbande den Regierungs-Republikanern nicht mehr gefährlich. —

**Das allgemeine Stimmrecht in Schweden.** Der schwedische Staatsminister Postolin erklärte in der zweiten Kammer in seiner Antwort auf eine an ihn gerichtete Anfrage bezüglich der Stellungnahme der Regierung zu dem allgemeinen Stimmrecht, die Frage sei so wichtig, daß sie nicht verfehlen konnte, die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich zu lenken. Selbst in der ersten Kammer würden die Stimmen immer zahlreicher, die verlangten, daß in der Frage „etwas geschehe“. Indes hätten zunächst die Kammern sich darüber zu einigen. Die Regierung müsse „ernstlich untersuchen, wie man die Forderung der Ausdehnung des Stimmrechts mit den erforderlichen Garantien vereinigen könne; jetzt sei die Frage noch nicht genügend geklärt; die Regierung habe nicht geglaubt, einen bezüglichen Antrag einbringen zu sollen“. Der Interpellant Dr. von Frießen sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung nicht schon in der gegenwärtigen Session die Initiative in dieser Frage ergriffen habe. Trotz dieser Vorbehalte und trotz der Verögerungspolitik der Regierung hat der Volksrechtstag seinen Zweck, die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht in Fluß zu bringen, offensichtlich erreicht. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann diese volksthümliche Einrichtung auch in Schweden eingeführt wird. —

**Die Achtstunden-Bewegung in England.** Die Agitation unter den in den englischen Staatswerkstätten beschäftigten Personen für die Herbeiführung des achtstündigen Arbeitstages nimmt täglich an Ausdehnung zu. In einer Massenversammlung der Angestellten der königl. Gemeinschaft in Enfield sagte Mr. Fred Hamill, der Arbeiterkandidat für Newcastle, daß der Gewinn der Fabrik mindestens 8 oder 9 pCt. betrage, bisweilen aber 17 pCt. erreiche; das Arsenal von Woolwich realisiere 25 pCt. und die Post habe sogar einen jährlichen Reinertrag von 8 bis 4 Millionen Pfund Sterling (80 bis 80 Millionen Mark) erzielt; die Regierung könne daher sehr wohl den Achtstundentag einführen, ohne daß sich ihr ungeheurer Verdienst merklich vermindern würde. Damit würde die Regierung sämtlichen Fabrikanten des Ver. Königreichs ein treffliches Beispiel geben. Die schließlich einstimmig angenommene Resolution lautete: „Die Zeit ist gekommen, da die Regierung es unternehmen darf, den Achtstundentag einzuführen, und daher fordern wir sie auf, es zu thun.“ Diese Zeichen der Zeit werden verstanden werden, auch bei uns. —

**Zivilisation und Barbarei.** Irgendwo auf diesem Erdennand lebt ein Volk, das seine bestimmten Gesetze und Einrichtungen hat, wie alle Völker, und das seine Stellung auf der Höhe der Kultur ganz normal dadurch befindet, daß die Großen die Kleinen, die Starken die Schwachen todt schlagen und ausspeisen. Plötzlich bricht in das Land dieses Volkes ein anderes Volk herein, das es in der Kunst des Todtschlagens weiter gebracht hat, schießt alles über den Haufen, was ihm in den Weg kommt, sengt, brennt, verwüstet und stiehlt, erbt das bewegliche Eigentum, und dann das unbewegliche, Dörfer, Städte, das ganze Land — oder



wenigstens so viel davon, als es in die Tasche stecken kann.

Das Volk Nr. 1 ist hiervon natürlich nicht sehr erbaut — es sucht sich die vervollkommenen Mordmaschinen zu verschaffen, vermöge deren das Volk Nr. 2 seine „ruhmvollen Siege“ errungen hat, und hat jetzt die Pause bis zum Eintreffen der kostbaren Waare benützt, um an alle Völker der Welt ein Manifest zu richten, das ihnen sagt, wie schmachvoll es — das Volk Nr. 1 — vergewaltigt worden ist, und das sie auffordert, wenn Recht und Gerechtigkeit noch etwas gelten sollen, dieser Vergewaltigung entgegenzutreten und zu verhindern, daß der Starke den Schwachen als seine Beute betrachte.

Wo ist nun die Zivilisation und wo die Barbarei? Bei Volk Nr. 1 oder bei Volk Nr. 2? Bei den Vergewaltigern oder bei den Vergewaltigten? Volk Nr. 1 sind die Dahomeer, und Volk Nr. 2 die Franzosen. Die Antwort wird nicht leicht sein. Die Dahomeer betreiben das Auffressen der Schwachen durch die Starke allerdings noch buchstäblich — inbezug, ist das etwa ein Nachteil? Hat der schwarze Mensch, welcher künftgerecht geschlachtet wird, um dann verspeist zu werden, während der kurze Prozedur des Schlachtens etwa mehr Qualen auszuhalten, als der weiße Mensch, der Jahre und Jahrzehnte lang zollweise geschlachtet, dem das Blut und Mark Jahre und Jahrzehnte lang tropfenweise ausgezogen wird, bis er vom Moloch des Kapitalismus aufgezehrt ist — oder hat dieser weiße Mensch etwa weniger Qualen auszuhalten, als jener schwarze Mensch? —

Da wir gerade von Dahomey sprechen, so sei noch erwähnt, daß der französische General Dobbis jetzt gegen deutsche Kaufleute formell die Anklage erhoben hat, die Dahomeer mit Mordwaffen zu versehen. Nun — Kaufmann ist Kaufmann. Wären es nicht deutsche gewesen, dann wären es französische oder englische gewesen. Und wir werten, es waren französische dabei. Wann hätte je der Schachergeist der Aussicht auf Gewinn widerstanden? —

**Reporterklatsch.** Die Pfennigzeiter, die unseren Engels neulich auf Sterbdebett legten, lassen heute Genossen Singer an „so hochgradiger nervöser Erregung“ leiden, daß er in einer Heilanstalt Zuflucht suchen muß. Die Wahrheit ist, daß Singer, der beiläufig niemals „hochgradig nervös“ war, sich nach kurzem Aufenthalt in der Schweiz wieder der besten Gesundheit erfreut und heute Abend in Berlin eintreffen wird. —

## Parteinachrichten.

**Protest-Versammlungen gegen die Militärvorlage** wurden weiter abgehalten in Meibors (Referenten Kretschmann-Hamburg und Hirsch-Sägerdorf), Brinkum (Ref. Kertl-Stremen).

**Reichstags-Kandidatur.** Für den 2. hessischen Wahlkreis Friedberg-Büdingen stellte die am 19. März in Friedberg abgehaltene Bezirkskonferenz der Vertrauenspersonen den Genossen Prinz als Kandidaten auf. Weiter erklärte sich die Konferenz im Prinzip für die Errichtung eines Kreis-Bezirksvereins und brückte energisch den Wunsch aus, daß der Parteivorstand mehr für den Kreis thun möge als bisher.

**Zum Landtags-Kandidaten** für den 15. hessischen Wahlbezirk stellte eine Versammlung in Egelbach den Genossen B. Cramer aus Darmstadt auf. Die Stimmung der Bevölkerung ist unglücklich.

**Eine Kreis-Konferenz** für die Parteigenossen im Wahlkreis Offenbach-Diedburg wird am 10. April, Vorm. 11 Uhr, in Neu-Friedburg im Gasthaus zum Engel zusammengetreten, um über die Regelung der Delegation zum Parteitag, die bevorstehende Reichstags- und Landtagswahl und die Maifeier zu beraten.

**Maifeier.** Die Sozialdemokratische Harburg hält am 1. Mai eine Volksversammlung, am Sonntag darauf eine Demonstration mit daran sich anschließender Feier ab.

Die in Friedberg abgehaltene Bezirkskonferenz der Vertrauensleute des Wahlkreises Friedberg-Büdingen beschloß die Feier Sonntag den 30. April durch eine große Versammlung zu begehen, woran sich ein Fest schließen wird.

**Von der Agitation.** Etwa 60 Genossen aus Freiburg, Waldkirch und Emmendingen in Baden verteilten am vergangenen Sonntag 8000 Exemplare von Bebel's Rede in 58 Kreislagen jener Gegend. Die Agitationstour war von gutem Erfolg. In Bödingen, wo vor drei Jahren noch der Knüttel geschwungen wurde, wollten die Leute diesmal Geld geben für die Schriften, was natürlich zurückgewiesen wurde. Auf dem Schwarzwald besaßen die Genossen reichlich „Bebel's Gott“ zu verkaufen; dort spielte sich manche heitere Szene ab. Der Wirtswirth zu Ebnat wurde ungemächlich, wollte die Schrift zwischen seine beiden Finger und warf sie zum Fenster hinaus. Unsere Genossen saßen die Sache gemächlich auf, setzten sich unter ein Bildchen, streichelten das Papier wieder zurecht und verteilten so Bebel's Rede an die zahlreich herankommenden Bewohner von Ebnat. In St. Peter ging es ebenfalls lustig zu; dort hatten die Genossen vor den Erbkern der Herzoge von Jübingen in einer halben Stunde Ausverkauf gehalten, und als den Leuten zugerufen wurde, nur keine anzunehmen, hieß es: „Wer denn schon ungenügend sie nimmte.“ In Waldkirch wurden zwei Anstehler ob ihrer Mißthat zwei Stunden inhaftiert, als sie entlassen wurden, sagte der Wächter des Gefängnisses: „So, jetzt ist der Gottesdienst aus, jetzt könnt Ihr an Euer Geschäft.“ In Kirchzarten wurden unsere Leute von einem Werdarmen vor den Bürgermeister geführt und mußten von 1/2 bis 3 Uhr warten, bis ihnen dieser den Bescheid gab, sie dürften die Rede nicht verbreiten. In Eichtetten verbot der Bürgermeister das Abgeben der Schriften in den Wohnungen, was ungefällig, hingegen erlaubte er das Verbreiten an Vorübergehende auf der Straße. Und so kamen noch mehrere heitere Zwischenfälle vor. In bester Laune traten die Genossen den Heimweg an, mit dem Bewußtsein, unsere Ideen wieder um ein wichtiges Stück gefördert zu haben.

Weiter wurde die Rede Bebel's verbreitet in Färkenwalde a. Spree und einer größeren Anzahl Dörfern des Wahlkreises Teplitz-Beeslow-Starlow.

In Schleswig sprach am 7. März Genosse A. v. Elm aus Hamburg in einer gut besuchten Volksversammlung unter großem Beifall über die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage. Die Versammlung erklärte sich mit seiner Kandidatur für den Reichstag einverstanden und nahm dann einstimmig eine Resolution an, in welcher entschieden gegen die Militärvorlage protestiert und der heutige Abgeordnete des Kreises aufgefordert wird, gegen jede Erhöhung der jetzigen Präsenzliste des Heeres zu stimmen.

Aus Mainz wird uns unterm 22. März geschrieben: Der bekannte Polizeikommissar Lammersdorf, der sich

seine Spuren unter dem Sozialistengesetz in dem bekannten Mainzer Geheimbundsprozess gegen Jöh, Conrad und Genossen verdiente, demzufolge diese Genossen bis zu 9 Monaten in Gefängnis zubringen mußten, während Lammersdorf wegen seiner „Berdienste“ um diesen Prozess vom Kriminalschyrmann zum Bezirkskommissar befördert wurde, ist jetzt von der Remesse erkrankt worden. In der heutigen Stadtverordneten-Versammlung wurde auf Antrag der juristischen Kommission und insolge eines vom Irrenarzt Dr. Stilling in Heppenheim ausgestellten Gutachtens, welches den Lammersdorf als seit circa drei Jahren an chronischem Größenwahn, dem sich noch Verfolgungswahn zugesellt habe, leidend bezeichnet, der Kommissar endgiltig seiner Stelle enthoben und in den Pensionszustand versetzt.

**Todtenliste der Partei.** In Hannover-Binden ist der Sattler Verthold Rudolph gestorben.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
— **Oesterreichische Zensurblätter.** Die Nummer der Wiener „Volksblätter“ vom 20. März enthält folgende anmuthige Stellen:  
Unsere Herren Staatsanwälte sehen streng darauf, daß — — — — — Konfiszirt! (Geht nur noch das Wörtchen „wird“.)  
— **Ausbeutungswuth und Profitgier** — diese beiden — Konfiszirt! (Glückliches Oesterreich, das schon jetzt so etwas fertig bringt!)

Die Pfaffen — — — Konfiszirt! Konfiszirt! — — — Für das Volk gesünder ist das letztere.“ Eine Klasse hierzu ist wohl kaum nöthig.

— **Wegen Beleidigung des Staatssekretärs Dr. v. Stephan** wurde der Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Gustav Stengle, zu 1 Monat Gefängnis und 800 M. Geldstrafe verurtheilt. Das Gericht hat den Einwand des Angeklagten und der Verteidigung, daß er wegen eines der inkriminirten Artikel, den er auch in der „Norddeutschen Volkszeitung“ aufgenommen, in Altona bestraft und daher nicht nochmals verurtheilt werden könne, für unbegründet erachtet; indem „Echo“ und „Volkszeitung“ für verschiedene Lieferpreise bestimmt sind, und somit eine zweifache Handlung vorliegt.

— **In den Verleumdungsklagen des „Hamburger Echo“** wurde wieder eine Hausdurchsuchung vorgenommen, diesmal nach einem Manuskript der „Nordd. Volkszeitung“, die denselben Artikel gebracht hatte, der dem „Hamburger Echo“ eine Beschlagnahme zugog. Der betreffende Artikel soll gegen die §§ 110, 111 und 112 des Strafgesetzbuches verstoßen („Aufsorderung zum Ungehorsam gegen Gesetze“ — Maximalstrafe zwei Jahre Gefängnis — und „Aufsorderung von Personen des Soldatenstandes zum Ungehorsam“ — Maximalstrafe 2 Jahre Gefängnis). Dem „Hamburger Echo“ ist es unerfindlich, wo in dem Artikel diese Vergehen enthalten sein sollen, und es glaubt nicht, daß sich ein Gericht findet, das das Strafverfahren eröffnen werde. Hoffentlich hat sich's nicht getuschelt.

— **Der Redakteur der „Vielsefelder Volkswacht“,** Genosse A. Siggelkow, wurde wegen Beleidigung eines Gemeindevorstandes zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt, während der Staatsanwalt das Vergehen mit 50 M. Geldstrafe für genügend gefühlt erachtete. Der Verurtheilte will die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen. Das Vergehen wurde darin gefunden, daß Siggelkow behauptet hatte, der Gemeindevorstand habe die vier Personen getannt, die am 1. September vor. J. in Herringshausen an der Wahl theilnahmen, obwohl sie das gesetzlich erforderliche Alter noch nicht erreicht hatten.

— **Auf Grund der bänischen Sabbathordnung** verbot die Polizeibehörde in Schleswig die Abhaltung eines Balles am 18. März, die der Gefangenein Frohsinn beabsichtigt hatte, während sie das dem Verein ehemaliger Mannheimer gestattet. Die Behörde thut nicht gut daran, die preussisch-deutsche Legende vom gleichen Recht gerade am 18. März so — satirisch zu illustriren.

## Soziale Uebersicht.

**Die Schneider Berlins** befinden sich augenblicklich im Aufstand. Eine am 22. März von 4—5000 Arbeitern besuchte Versammlung beschloß, den Streik in denjenigen Geschäften, welche die Forderung nicht bewilligt hatten, fortzusetzen. Die eruchten die Arbeiterschaft, und in unserem Kampfe finanziell und moralisch zu unterstützen. Zugang ist streng fern zu halten. Geldsendungen sind zu richten an W. Schulze, Zimmerstr. 86, 2. Hof 3 Tr.; Anfragen sind zu richten an J. Timm, Schützenstraße 18/10, Restaurant Freygang.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.  
**Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.**

**Achtung, Metallarbeiter!**  
Die unterzeichnete Kommission ist nach Prüfung der Sachlage zur Ueberzeugung gelangt, daß die von dem Schlosser Falkenhahn wider den Kollegen Rein ausgestreuten Gerüchte auf Unwahrheit beruhen.

**H. Hansen, A. Weinert, E. Digna.**  
**Achtung Mechaniker!**  
Der Streik bei Groß u. Graf dauert unverändert fort. Zugang streng fernzuhalten.

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

**An alle Haus- und Geschäftsdienner, Packer und Verurtheilten Berlins.**

Der Unterzeichnete, welcher in der öffentlichen Versammlung vom 21. März zum Vertrauensmann für die oben genannten Verufe gewählt worden ist, ersucht die Kollegen, alle Angelegenheiten von öffentlichem Interesse bei ihm zu melden, damit in der erforderlichen Weise den zahlreichen Schäden und Mängeln in unserem Verufe entgegengetritt werden kann.  
Mit kollegialem Gruß  
Karl AlboIdt, Vertrauensmann,  
Gisaboth-Ufer 45, Hof 3 Tr.

**An die Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter.**

Am Donnerstag legten sämtliche Maschinenarbeiter der Firma Sieghahn, Waldemarstr. 14, die Arbeit nieder, weil die Firma den neuangekauften Arbeitern, die sie sich aus Polen verschrieben hat, einen geringeren Lohn zahlte, als sonst üblich war. Näheres in der Sonnabend-Nummer.

Die Kollegen werden um Fernhaltung des Zugangs ersucht.  
**Die Agitationskommission der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter.**

**Parteigenossen und Genossinnen Berlins!** Euch allen wird die elende Lage der Arbeiter in den östlichen Provinzen bekannt sein. Nicht allein daß ihre Lebenshaltung die denkbar färglichste ist, auch in geistiger Beziehung stehen sie auf einer Stufe die beschämend für unsere gepriesenen Kulturstände genannt werden muß. Weber Zeitungen noch sonstige Schriften aufklärenden Inhalts stehen dem Proletariat des Ostens zur Verfügung, aber ihn hat die Kirche noch unumschränkte Macht, aber ihn hat die Autorität in jeglicher Form noch eine Gewalt aus, die dem modernen Industrieproletariat fast unsahbar scheint. Und doch gilt es für die Klassenbewußten Arbeiter, auch ihre Brüder im Osten zu geistigem Leben zu erwecken und sie den sozialistischen Ideen zuführen.

Einige Genossen haben sich daher die Aufgabe gestellt, die Arbeiter in den Ostprovinzen mit passender sozialistischer Literatur zu versehen, um sie für die moderne Arbeiterbewegung zu gewinnen. An die Arbeiterschaft Berlins ergeht nun die Bitte, gelebte sozialdemokratische Zeitungen und Schriften, die sonst etwa fortgerufen werden, an die untenstehenden Adressen abzuliefern, von wo aus sie an die passende Stelle besorgt werden. An die Vertrauensleute in Ost- und Westpreußen richten wir gleichzeitig das Ersuchen, ihre Adressen dem Unterzeichneten, C. Rott, Münchebergerstr. 20, 8 Tr., mitzutheilen.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
**Die Agitationskommission für Ost- und Westpreußen.**  
J. A.: C. Rott.  
Zeitungen und Schriften wolle man abliefern an:  
C. Rott, Münchebergerstr. 20, 4 Tr.; H. Gottschalk, Staffschreiberstraße 24, 2 Tr. I.; B. Fischer, Fürstenbergerstraße 12; Radtke, Krautstr. 45; Krüger, Hirtenstr. 10.

**An sämtliche Mitglieder der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen (früher Meyer'sche).**

Durch Beschluß der Aufsichtsbekörde müssen sämtliche Versicherungsobligierte vom 1. April cr. ab denjenigen Zwangs-kasse angehören, welche für die Beschäftigung, in der sie stehen, errichtet ist, z. B. gehören Buchdrucker-Arbeiter und Arbeiterinnen zur Buchdrucker-kasse.

Da nun die Aufsichtsbekörde entschieden hat und zwar auf erfolgte Beschwerde hin, daß diejenigen, welche der Klasse vor dem Jahre 1884 angehört, zwar weiter Mitglied bleiben, sich aber nicht in zwei Klassen versichern dürfen, so versuchen wir alle Mitglieder die Interesse an der Sache haben, insbesondere die Delegirten, ihren diesbezüglichen Wunsch mit genauer Angabe des Vornamens, der Wohnung sowie der Buchnummer dem Vorstand der Klasse schriftlich zu unterbreiten, da sie sonst stillschweigend einer anderen Klasse überwiesen werden.

**Die Krankenkassen-Kommission der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen.**  
J. A.: Otto Bleich, Sorauerstr. 5, 2 Tr.  
Das Klassenlokal ist von Michaelisstraße 40 nach Alalbertstraße 94, Quergeb. 2 Tr., verlegt.

**Die in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Badens, des Elsaß und der Pfalz** halten am ersten Osterfesttag, Vormittags von 10 Uhr an im Gasthaus zum Storch in Karlsruhe eine Bezirkskonferenz ab, deren Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Delegirten über die örtlichen Verhältnisse. 2. Regelung einer einheitlichen Agitation. 3. Bekleidungs-Industrie-Verhältnisse. 4. Regelung des Herbergsweßens und des Arbeitsnachweises. 5. Allgemeines über gewerbliche Interessen. Alle die Konferenz betreffenden Zuschriften sind an Frh. L ö p p e r, Karlsruher, Ritterstr. 4, zu richten.

**In einer Versammlung der Maurer, Zimmerer und sonstiger Bauarbeiter** in Berlin wurde folgende Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen: 1. Von jetzt ab sollen bei städtischen Bauten in erster Linie nur hiesige Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter beschäftigt werden. 2. Die städtischen Bauten sind nicht mehr in Submission zu vergeben, sondern in eigener Regie auszuführen. 3. Die Bezahlung der auf städtischen Bauten beschäftigten Maurer, Zimmerer und deren Hilfsarbeiter hat nach einem mit den Arbeitern zu vereinbarenden Mindestlohn stattzufinden. 4. Auf städtischen Bauten ist der zehnjährige Arbeitslohn einzuführen.

Nach bürgerlichen Blättern soll der Streik der Glas- und Kryhallarbeiter im Gabsberger Bezirk beendet sein und für die Arbeiter keinen Erfolg gehabt haben.

**Die Spenglermeister der rumänischen Hauptstadt Bukarest** suchen Arbeitskräfte im Auslande, weil ihre bisherigen Gehilfen nicht mehr zu den dort üblichen überaus erbärmlichen Bedingungen arbeiten wollen. Der am 12. März 1891 gegründete Fachverein der Spenglergehilfen Bukarests warnt deshalb alle Kollegen nachdrücklich vor Zugang. Ueber die Verhältnisse der dortigen Spengler schreibt man uns: Die Bauarbeit beginnt nach Ostern und dauert bei günstiger Witterung bis Mitte Oktober; während der übrigen Zeit kann der Spengler den Winter schlafen halten und von dem Jahre, was er im Sommer nicht ersparen konnte. Die Arbeitszeit ist mindestens 12 und häufig 15 bis 16 stündig, bei einer Temperatur von im Sommer 35 bis 40 Grad Reaumur. Bei dieser Qualerei giebt es einen Lohn von nur 3 bis 8 Franken. Ueberstunden werden wie gewöhnliche Tagesstunden bezahlt. Die Lebensmittel haben durchschnittlich den gleichen Preis wie in Deutschland und Oesterreich, die Kosten für Wohnung und Kleidung sind jedoch außerordentlich hoch; es beträgt z. B. der Miettpreis für eine aus einem Zimmer und einem kleinen, als Küche dienenden Raum bestehende Wohnung, noch dazu außerhalb der Stadt, 250—300 Franken. Ein halber Liter Bier kostet 60 Centimes (48 Pf.), der Wein ist jedoch billiger. Reigt sich der Oktober und mit ihm, der Witterung wegen, die Arbeit dem Ende, so beginnt für den Bukarester Spengler das Glend der Arbeitslosigkeit in seiner ganzen Schwere. Den Sommer über hat er sich geplagt, Gesundheit und Kraft geopfert, um die Schulden zu bezahlen, die er im Winter machen mußte, und bereits im November oder Dezember ist er wieder darauf angewiesen, neue Schulden zu machen. So kommt er niemals aus den Schulden heraus. In anderen Ländern sieht ein großer Theil der Spengler auch im Winter in Arbeit, hier ist das nicht der Fall. So sehen sich denn die Bukarester Spengler gezwungen, die Befreiung ihrer Arbeitsbedingungen nöthigenfalls durch einen Streik zu erzwingen und eruchen deshalb die Gesamtheit der ausländischen Kollegen, sie durch strengste Fernhaltung des Zugangs zu unterstützen. Die Forderungen der Bukarester Spengler sind: 1. Zehnjährige Arbeitszeit. 2. Minimallohn, 6 Franc in der Werkstatt, 1 Franc Bauzulage am Orte, 1 Franc 50 Centimes in der Provinz. 3. Ueberstunden 80 pCt. Zuschlag. 4. Verbot der Sonntagsarbeit. 5. Regelung der Fabrik- und Werkstattordnung.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, durch Abdruck des vorstehenden den Bukarester Spenglern gleichfalls beizustehen.

**Aus Argentinien geht uns folgende Warnung zu:** Die Argentinier tragen sich mit der Hoffnung, daß die von den Vereinigten Staaten decretirte Einwanderungsbeschränkung den Zufluß der europäischen und namentlich der deutschen Auswanderer Massen nach Argentinien lenken werde. Ich nun muß auf grund meiner Erfahrungen, die ich seit 20 Jahren sowohl in Argentinien, wie in Uruguay und den südlichen Provinzen von Brasilien gemacht habe, meine Landsleute vor der Auswanderung nach Südamerika ganz entschieden warnen. Die Einwanderer, denen man drüben durch Agenten und selbst noch bei ihrer Ankunft hier in Buenos Ayres alles mögliche verspricht, um sie auf den Leim zu locken, versinken sammt und sonders den Klauen einer abgefeimten und dabei noch barbarischen Räuberbande, die sich hier Regierung nennt. Ein Recht giebt es bei dieser Gesellschaft nicht einmal für die Eingeborenen, geschweige denn für die der Landessprache unflüchtigen Auswanderer, und energischen Schutz, den diesen die hiesigen berufenen Vertreter der deutschen Interessen zu gewähren hätten, giebt es entweder gar nicht oder nur in ganz beschränkter Ausnahmefällen. Man hat sich allerdings wieder gegen fremde und zwar deutsche Kolonisten in den Kolonien „Voltoar“ (Provinz Buenos Ayres), „Dumboldt“ (Provinz Santa Fe) und Roca (Patagonien) Kränklichkeiten erlaubt, die jeder Beschlebung spotten. Mögen diese Heilen meinen Landsleuten und namentlich den Westpreußen zur Warnung dienen — sie finden hier, wohin sie auch kommen, weiter nichts als ein Räubernest.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, den 24. März.  
Opernhaus. Der Freischütz.  
Schauspielhaus. Asfantasena.  
Deutsches Theater. Der Lohenschmied.  
Berliner Theater. Viel Lärm um Nichts.  
Leistung-Theater. Heimath.  
Wallner-Theater. Die Großstadtluft.  
Kroll's Theater. Fra Diavolo.  
Kessdanz-Theater. Die beiden Champagnol.  
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.  
Neues Theater. Der eiserne Graf.  
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Der Bettelstudent.  
Adolph Ernst-Theater. Berlin wie es weint und lacht.  
Thomas-Theater. Lumpaci Bagabundus.  
National-Theater. Graf Eszter.  
Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionen.  
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.  
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.  
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.  
Berlin wie es weint und lacht.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
In Vorbereitung:  
**Goldlotte.**  
Gesangspoppe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstadt. Coupletts theilweise von G. Görs, Musik von G. Steffens.

**American-Theater.**  
Novität! Novität!  
**Der Dussel**  
(Kulpus)  
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.  
(Memm: Ede. . . Martin Bendix.)  
**Alfred Bender**  
in seinem neuesten Originalvortrag  
**Der Volksmund in Berlin.**  
Blank, der beste Bauchredner.  
Anhaltender Erfolg.  
**Die Trockenwohner.**

**Castan's Panoptikum.**  
Große Ausstellung lebensgroßer Wachfiguren u. Gruppen.  
Neue Illusion: Lotosblume.  
Andere Illusionen.  
Fantoche-Theater.  
Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

**Passage-Panopticum.**  
Neu!  
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

**Kaufmann's Variété**  
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
Große Spezialitäten-Vorstellung zum Benefiz f. d. beliebte Gymnastikertruppe Hugoston.  
Truppe Hugoston, Akrobaten.  
Tom. Bolling, Original-Kugler.  
Kolling Müller, Wasserläufer.  
The Matinos, Grentick.  
Geschw. Taciana, Duettstimmchen.  
Heinz Bender, Humorist.  
Miss Victoria, Jongleuse und preisgekrönte Schönheit.  
Rigo Manó, Ungarischer National-Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins  
Andreasstr. 23. 5 v

### Circus Renz.

(Raußstraße.)  
Freitag, 24. März, Abends 7 1/4 Uhr:  
Auf vielseitiges Verlangen:  
II. Wiederholung der Gala-Festvorstellung vom 27. Januar.  
Großer Festausflug.  
1. Reigen der Ritter und Edelknechte;  
2. Militärisches Divertissement (Gegenwart) ausgeführt vom gef. Personal.  
**Ein Künstlerfest.**  
Große Ausstattungs-Pantomime.  
Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- u. Lichteffekten. Kinderorchester neu besetzt; neue Musik. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumenchor.  
Grosses Brillant-Panorama.  
Außerdem: **Mr. James Willis** mit dem Schulpferde **Germinal**.  
4 arab. Vollblut-Schimmelhengste in freier dress. und vorgef. vom Direktor **Fr. Renz**. **Grande Quadrille de la haute equitation**, ger. v. 6 Damen u. 6 Herren arrang. vom Dir. **Fr. Renz** u. Morgen, Sonnabend, Abends 7 1/4 Uhr:  
**Ein Künstlerfest.**  
Sonntag: Zwei Vorstellungen. Um 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei) Die lustigen Heidelberger. — Abends 7 1/2 Uhr: **Ein Künstlerfest.**  
Billet-Vorverkauf an der Zirkusklasse u. beim „Juwalidenbank“, Marlagrasenstraße 61a.  
**Fr. Renz, Direktor.**  
**Neue freie Volkshöhne.**  
Sonntag: I. Abtheilung:  
**Reinigung.**

### Feen-Palast

Jeden Tag:  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Passpartouts u. Bons haben Gültigkeit.  
**Gratweil's Bierhallen**  
Kommandantenstraße 77-79.  
Täglich:  
**Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger**  
sowie großartige Bravourleistungen des **Dou Pertusio**, italienische Mandolinen- und Serenaden-Sänger.  
Zwei Säle  
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Villards und 8 Kegelbahnen.  
**F. Sadtke.**

### Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.  
Täglich: **Instrumental-Konzert.**  
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von **Pahenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.  
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.  
Entree Woche. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.  
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u.  
Eingetretener Umstände halber findet die **General-Versammlung d. Genossenschafts-Buchdruckerei** (eingetr. Gen. mit beschr. Haftpflicht) nicht Sonntag, den 26. März, sondern am **9. April** statt. 1936  
Solingen, 22. März 1933.  
Der Vorstand. Der Aufsichtsrath.

Verband nach Auswärts.

## „Zum Prophet“

Welthaus für Herren- und Knaben-Garderoben.  
I. Etage. Am Dönhoffplatz. II. Etage. Ecke Leipziger- und Kommandanten-Straße.  
8896L

Herren-Anzüge von 9 Mark an		
bis zu den feinsten Qualitäten vorrätig.		
Abth. I.	Anzüge	sonst 18-48 M. von 9 M. an
II.	Salon-Anzüge	30-60 . . . 20 . . .
III.	Samtgarn	48-55 . . . 32 . . .
IV.	Chahosen	6-26 . . . 2 1/2 . . .
V.	Paletots	20-54 . . . 9 . . .
VI.	Schulfröcke	16-38 . . . 9 . . .
VII.	Westen	6-13 . . . 1 1/2 . . .
VIII.	Knaben-Anzüge	4-10 . . . 2 . . .
VIIIb.	Knaben-Anzüge	9-18 . . . 5 . . .
VIIIc.	Jünglings-	13-30 . . . 8 . . .

### Einsegnungs-Anzüge

in großartiger Auswahl von 7 M. an bis zu den elegant.  
Versand gegen Nachnahme.

Nur Schneider-Arbeit.

Unserm Publikum auf Schloß Cuvry  
**Gustav Schödig**  
zu seinem heutigen Wiegenfeste ein  
donnerndes Hoch. 2008  
Die von 3 Treppen.  
Maule den Gießbock.

Am 21. d. M. entschlief nach kurzem  
Leiden mein lieber Mann 1996b  
**Johann Rausch**  
im 42. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet Freitag Nach-  
mittag 5 Uhr von der Leichenhalle des  
Thomas-Kirchhofes aus statt.  
**Wittwe Rausch**, geb. **Gilbrecht**,  
Oranienstr. 15.

**Todes-Anzeige.** 2000b  
Allen Freunden und Bekannten hie-  
mit die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau **Anna**, geb. **Weghaupt**,  
am Mittwoch früh 7 Uhr in der Kgl.  
Charitee an der Kopfrose verstorben ist.  
Sie hinterläßt zwei unmündige Kinder  
im Alter von 3 Wochen und 19 Monaten.  
Die Beerdigung findet Sonnabend,  
Nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Petri-Kirchhofes aus statt.  
**Fritz Wagner**, Scharenstr. 5.

### Grosse öffentliche Frauen- u. Männer-Versammlung der Drechsler Berlins

am Sonnabend, 25. März, Ab. 8 1/2 Uhr,  
bei Ehrenberg, Annenstraße 16.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag über: Die Frau und der  
Sozialismus. Referent **Frau Emma**  
Ihrer-Beiten. 2. Diskussion. 3. Ver-  
schiedenes.  
Zahlreicher und pünktlicher Besuch  
erwünscht.  
Die Agitationskommission.  
NB. Nach der Versammlung findet  
gemüthliches Beisammensein verbunden  
mit Tanz statt.  
136/16 **Der Vorstand.**

### Glaser.

Sonntag, 26. März, Vorm. 10 1/4 Uhr,  
in **Gratweil's Bierhallen** (ob. Saal),  
Kommandantenstr. 77/79:  
**Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Vortrag: Die Kämpfe der Ar-  
beiterorganisationen und was lehren  
uns dieselben. Referent **G. Koopmann**.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zur Deckung der Unkosten findet  
Zellerksammlng statt.  
Um zahlreichen Besuch bitten  
165/7 **Die Vertrauensmänner.**

### Schankmachung. Orts-Krankenkasse der Buchbinder etc.

Vom 1. April d. J. ab befindet sich  
die Kasse **Raunynstr. 33, 1 Tr.** (Ecke  
der Walsenstrasse) und ist dieselbe ge-  
öffnet an den Wochentagen von 7 bis  
1 Uhr Mittags und Sonnabend von  
6-8 Uhr Abends. An Sonn-  
und Festtagen gänzlich geschlossen.  
Der Vorstand.  
**O. Hoffmann**, Vorsitzender,  
Raunynstr. 33, IV.  
119/4

**Markthalle Wedding.**  
Empfehle den Genossen meinen Stand  
Nr. 260. 2004b **H. Grashold.**

### Achtung, Schneider!

Heute, Freitag, Abends 8 Uhr, bei **Joël** (gr. Saal), **Andreas-**  
**Kraße 21: Fortsetzung der Versammlung vom Mittwoch,**  
den 22. März.  
Die Kollegen der Firmen: **Woltmann, Landsberger, Baum, Baruch,**  
**Basedow, Hoffmann, Mohr & Speler, Sachs, Berger & Collani, Wornauer,**  
**Waarenhaus für deutsche Beamte, Offizierverein, aus dem Frankfurter**  
**Biertel: Sax, Lindenbaum, Baer Sohn, Bacon, Kuhnert, Kleinitzki, Meier**  
werden ersucht, vollständig zu erscheinen.  
**Sonntag, Vormittags 10 Uhr, im Feenpalast:**  
**Große Streit-Versammlung.**  
Die Kontrollversammlungen finden täglich um 10 und 8 Uhr bei  
Gratweil statt.  
Zur Notiz: Herr **Ernst Dittmar**, Zimmerstr. 23, zieht seine Bewilligung  
zurück. Außer den von gestern veröffentlichten Geschäften haben noch be-  
willigt: **Lezoyansky**, Kanonierstr. 9. **Franz**, Marlagrasenstr. 79. **Herrmann**,  
Kurstr. 31. **Danziger**, Jägerstr. 10. **Kluge**, Jerusalemstr. 18. **Rund**, Krausen-  
straße 30. **Kadisch**, Alt-Roabit 18. **Hermann Gerson** (Kaiserbazar). **Georg**  
**Witte**, Marlagrasenstr. 51. **Schade**, Zimmerstr. 63. **Pluschkwitz**, Krausen-  
straße 45. **Landsberger**, Leipzigerstr. 78. **S. Adam**, Leipzigerstr. 103. **Dröblich**,  
Friedrichstr. 91/92. **Versandhaus Germania**, Unter den Einden. 890/4

### Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

**Große Versammlung für den Norden**  
am Montag, 27. März, Abends 8 1/2 Uhr, in **Pape's Salon** (fr. Knebel),  
Badstr. 68.  
Tages-Ordnung:  
1. Warum organisieren sich die Arbeiter und welche Bedeutung haben  
die Gewerkschaftsorganisationen? Referent **Herr Dr. Lütgnow**. 2. Diskussion.  
3. Verbandsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.  
Die Kollegen der nachstehenden Werkstätten sind hierzu ganz besonders  
eingeladen: **Aktionsgesellschaft vorm. Kapler, Arnheim, Zimmermann & Buch-**  
**loh, „Cyclop“ Mehlis & Behrens, Rudolf & Kühne, Belter & Schaevoog,**  
**Aichele & Bachmann, Schöning.** 229/5

Sonntag, den 26. März, Vormittags, findet eine Besichtigung der  
**Genossenschafts-Hutfabrik** statt. Sammelpunkt für die Kollegen des  
Südens bei **Ruhleben, Schönhauser Allee 28**; für die des Nordens bei  
**Schager, Brunnenstr. 40**; nach 10 Uhr in der Hutfabrik, **Pappel-Allee 4**. Die  
Kollegen werden ersucht, sich hieran recht lebhaft zu beteiligen.

**Achtung! Mechaniker. Achtung!**  
Der Streik bei der Firma **Gross & Graf** dauert unverändert  
fort. Bezug ist strengstens fernzuhalten. **Der Vorstand.**

### Achtung! Maurer! Achtung!

Sonntag, den 26. März, Vorm. 10 Uhr:  
**Zwei gr. Versammlungen**  
des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer  
Berlins und Umgegend.  
1. **Moabit, Perlebergerstraße 13.**  
2. **Proskauer Garten, Frankfurter Allee.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.  
Jeder Maurer hat Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet  
380/15 **Der Vorstand.**

### Deutscher Tischler-Verband.

Zahlstelle Berlin. 817/14\*  
**Versammlungen**  
Süd-West u. West: Sonntag, den 26. März, Vorm. 10 1/4 Uhr,  
in **Habel's Brauerei, Bergmannstraße Nr. 5-7.**  
Vortrag des Kollegen **Koblenzer** über: Die wirtschaftlichen Krisen.  
**Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.**  
Montag, den 27. März, Abends 8 1/2 Uhr,  
bei **Deigmüller, Aite Jakobstrasse No. 48a.**  
Vortrag des Kollegen **Sparfeld** über **Alters- und Invalidenversicherung.**  
Verbandsangelegenheiten, Verschiedenes. **Die Ortsverwaltung.**

### Große öffentliche Versammlung der Nagelschmiede

am Sonntag, den 26. März, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des  
**Herrn Heise, Lichtenbergerstr. 21.**  
Tages-Ordnung: 1. Die Verhältnisse der Ortskrankenkasse der Schmiede  
und verwandter Gewerbe. Referent: **W. Mielke**. 2. Diskussion. 3. Wahl  
eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes. 388/11  
Die Mitglieder der Krankenkasse der Schmiede werden zu dieser Ver-  
sammlung ganz besonders eingeladen. **Der Einberufer.**

### Weißensee. Töpfer! Friedrichsberg. 2 Wander-Versammlungen

des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der  
**Töpfer Berlins und Umgegend.**  
1. Versammlung in **Friedrichsberg** am Montag, den 27. März,  
Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn **Spitzig, Frankfurter-Allee 193.**  
2. Versammlung in **Weißensee** am Dienstag, den 28. März, Abends  
6 Uhr, im Lokale des Herrn **Damrat, Charlottenburger- u. Wilhelm-**  
**straßen-Ecke.**  
Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Gewerkschaft-  
liche Angelegenheiten.  
Um zahlreichen Besuch derselben bittet **Der Vorstand.**  
324/2\* **J. A.: R. Topf, Gipsstr. 3.**

**Oranien-Bad**  
Oranienstrasse 44.  
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.  
**Dampfbaden-Bäder.**  
Einpudung und Massage.  
Leitungswasser. 8719L\*

**Jamaica-Rum,** (181M\*  
echt verschütt u. Fac., Literl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger.  
**Tokayer**, med. süßer Ungarwein, Literl. M. 2,10.  
**Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft**, Liter M. 1,20.  
Echt **Stonsdorfer Bitter-Eisler**, Liter 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10.  
**Cognac fine Champagne**, 1/2 Literl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.  
**Eugen Neumann & Co.,**  
6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 31. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.

**Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold,**  
Oranienstr. 83/84.

**J. Semmel, pratt. Zahnarzt, Oranienstr. 55 (Moritzplatz).**  
Sprechst. werktägl. 8-6, Sonntags 9-1.  
Dazu eine Beilage.



## Kommunales.

### Stadtkommissionen-Versammlung.

Öffentliche Sitzung am Donnerstag, den 23. März, Nachmittags 5 Uhr.

Der frühere Stadtv. Franke, der im Januar sein Mandat wegen Krankheit niederlegte, ist verstorben. Die Versammlung ehrt sein Andenken durch Erheben von den Sihen.

Die Verathung des Stadthaushalts-Etats für 1893/94 wird fortgesetzt.

Der Etat für das Armenwesen schließt nach dem Vorschlag des Magistrats mit 6 476 468 M. Zuschuß ab; der Mehrzuschuß gegen das Vorjahr soll 1 024 300 M. betragen. Für Almosen, Pflanzgelder und außerordentliche Unterstützungen sind zusammen 5 100 000 gegen 4 263 000 M. im laufenden Jahre ausgeworfen.

Der Zuschuß hat von der geforderten Summe 300 000 M. abgesetzt, da die Erwerbsverhältnisse im Allgemeinen in der Aufbesserung begriffen seien und der Preis des Brotes gegen 1891/92 um rund ein Drittel billiger geworden sei, auch die staatliche Sozialgesetzgebung unbedingt von Einfluß auf den Armen-Etat sein müsse.

An Kur- und Verpflegungskosten hat der Magistrat diesmal 1 Million Mark, d. h. 150 000 M. mehr als im laufenden Jahre gefordert. Auch hier sind 50 000 Mark gespart, da der Zuschuß nicht glaubt, daß die Steigerung der Ausgaben in dem vom Magistrat angenommenen Maße stattfinden werde, jedenfalls der Vergleich mit dem Vorjahre 1892/93 wegen der durch die Choleraepidemie in diesem Jahre geschaffenen anormalen Verhältnisse nicht statthaft sei.

Durch die Abstriche ermäßigt sich der Zuschuß auf 6 126 468 M.

Ein Antrag Spinola will die vom Magistrat geforderten Summen voll bewilligen.

Stadtv. Spinola hält sich zu seinem Widerspruch gegen die Abstriche als Mitglied der Armenkommission für verpflichtet. Diese habe den Etat mit der allerhöchsten Vorsicht aufgestellt und der Magistrat habe zugestimmt. Die Gründe für den Beschluß des Ausschusses seien nicht stichhaltig; ganz besonders nachtheilig würde der Abstrich an den Kur- und Verpflegungskosten in den Krankenhäusern wirken. Die Choleraepidemie sei doch auch für das kommende Jahr nicht zu unterschätzen; dagegen könne der Zuschuß ebensowenig eine Garantie übernehmen, wie für eine gute Ernte oder einen milden Winter. In den Almosen-geldern könne man auch keine Abstriche machen, da eine allgemeine Erhöhung der Sätze stattgefunden habe und die Erwerbsverhältnisse doch immer noch sehr dürftig seien, u. a. aber auch das Fleisch jetzt theilweise ganz exorbitante Preise erreicht habe.

Stadtv. Borgmann: Ich freue mich, Herrn Spinola auf diesem Wege zu sehen, umso mehr, als ich gerade ihn und seine Freunde im Verdacht hatte, an dem Armen-Etat sparen zu wollen. Auch ich bitte Sie, hier nichts zu streichen; es würde der Würde der Stadt Berlin nicht entsprechen. Damit, daß behauptet wird, die Forderungen seien zu hoch, werden die Fragen nicht erledigt. Stellen Sie die geforderte Summe wieder in den Etat ein.

Stadtv. Ramsblau: Der Schwerpunkt der Bewilligungen liegt in den Armen-Kommissionen; auf diese fehlt uns jeder Einfluß. Es wird also kein Pfennig mehr oder weniger ausgegeben werden als diese wollen, gleichviel, wie hoch die Summe im Etat ist. In den Ausgaben für das Armenwesen ist im vorigen Jahre ein Sprung von etwa 19 pCt. gemacht worden. Der Magistratsantrag setzt nun eine weitere Zunahme dieser Ausgaben von 20 pCt. voraus. Wenn das der Fall wäre, dann könnten wir uns in Sad und Wache legen (Zwischenrufe). Nein, diese Steigerung ist nicht motiviert. Was früher etwa versäumt wurde, ist durch die vorjährigen Erhöhungen ausgeglichen. Was der Zuschuß jetzt vorschlägt, bedeutet auch immer noch eine Zunahme von 10 pCt. Das ist doch gewiß ein sehr großes Entgegenkommen.

Stadtv. Dr. Zadel: Wenn die soziale Gesetzgebung der letzten 10 Jahre ausgesprochenemassen das Armenbudget entlasten wollte und das Armenbudget dennoch zunimmt, so liegt doch der Schluß nahe, daß es sich nicht sowohl um Kranke und Invaliden, als um gesunde Arbeitslose handelt, die die Stadt nicht hungern und frieren lassen kann. Darum ist es bedauerlich, daß die Versammlung unsere Anträge auf anderweitige Organisation der städtischen Fürsorge auf diesem Gebiete abgelehnt hat. Sie haben sie abgelehnt aus Furcht vor der Sozialdemokratie und müssen jetzt in den lauren Apfel beißen, daß das Armenbudget Jahr für Jahr ganz enorm steigt. Mit kleinen Abstrichen werden Sie nichts erreichen. Auf einem anderen Wege könnten Sie vielleicht etwas sparen, nämlich durch Errichtung einer Armen-Apothek, in welcher alle Arzeneimittel für die Armen fabriziert werden. (Unruhe.) In vielen deutschen Städten giebt es solche städtische Apotheken bereits, so in Breslau. Sie sollen zum Theil das Armenbudget, zum Theil die Krankenkassen entlasten. Ich bitte den Magistrat, die Sache in Anregung zu bringen. Ferner möchte ich die Abschaffung des Armenarztes anregen. Schon Birchow hat vor vielen Decennien dieses verlangt. Bis jetzt aber gab es keine Organisation der Ärzte, mit der die Stadt sich in Verbindung setzen konnte; seit einem Jahre besteht aber eine solche Vereinigung, der bereits die Mehrzahl der Ärzte angehört. Auch nach dieser Richtung bitte ich den Magistrat, für den nächsten Etat Vorschläge an uns zu bringen.

Ein Schlußantrag wird angenommen und nach Ablehnung der Anträge Spinola die Ausgabe des Armenetats nach dem Ausschussantrage festgesetzt, desgleichen der Etat für das Friedrich-Wilhelm-Hospital und die Siechen-Anstalten.

Weim Etat für das Arbeitshaus in Rummelsburg sind an der Position „Verpflegung und Bekleidung“ bei den Kosten für Beschaffung des Roggenmehls zum Backen des Brotes mit Rücksicht auf den eingetretenen Preisrückgang 15 000 M. abgesetzt worden, so daß sich der Zuschuß für diese städtische Anstalt auf 455 029 M. ermäßigt.

Der Etat für das städtische Obdach und die städtische Desinfektionsanstalt ist unverändert geblieben.

Beide Etats werden ohne Debatte nach den Ausschussanträgen genehmigt.

In den Etat für Hochbau sind von dem Ausschusse neu eingesetzt worden 5700 M. zur Herstellung einer Grenzmauer und eines Abflusssystems infolge der Vergrößerung des Schulhofes des Königl. Gymnasiums, Inselstr. 3-5, und 4000 M. für Verlegung resp. Neubau des Straßenreinigungsdopels Straußenerplatz 24. Im Extra-Ordinarium sind abgesetzt 40 000 M. von der ersten Baurate von 50 000 M. für eine neue Gemeinde-Doppelschule an der Straße 86 a, dagegen eingesetzt 5000 M. als zweite Baurate für die Unterkunfts- und Erfrischungshalle im Treptower Park.

Stadtv. Zadel: Eine Anzahl städtischer Bauwächter haben sich an mich mit dem Wunsche gewandt, auf eine Verbesserung ihrer Lage hinzuwirken. Sie beklagen sich vor allem über ihre mangelhafte Unterbringung in den Neubauten, dann auch über die achtstündige Räumungsfrist. Mit ihren Bitten beim Stadtv. Baurath Blankenstein sind sie schon vor Jahren sehr schlecht

angelommen; nach dem Muster des Königs Stumm erklärte ihnen der Herr: Entweder pariren oder abgehen!

Eine Antwort vom Magistratsstische erfolgt nicht; der Etat wird nach den Ausschussanträgen festgesetzt.

Weim Kapitel X „Verwaltungskosten“ werden die Befolgungen, die Ausgaben für Geschäftsbedürfnisse und Prozesskosten, Pensionen, Witwenpensionen und Unterstützungen nach dem Ausschussvorschlag bewilligt. Wegen den Anschlag ist nur eine Position verändert, indem die Ausgaben für Reinigung der außerhalb der Rathhäuser befindlichen Bureaus von 10 000 auf 12 000 M. entsprechend einem Nachtragsantrage des Magistrats erhöht worden sind.

Ueber die Spezialetat für „Polizeikosten im Allgemeinen und Feuerlösch- und Telegraphenwesen, Straßenbeleuchtung, Reinigung und Bepflanzung, Gemeindefriedhöfe, Zivilstandsämter“ referirt namens des Ausschusses Stadtv. Borgmann. Beim Extraordinarium für das Feuerlöschwesen sind für den Anschluß der Zugwache in der Mauerstraße 15a an das Rabelsch der Elektrizitätswerke 1298 Mark gefordert, welche der Zuschuß gestrichen hat. Er konnte sich von der Nothwendigkeit der Einrichtung nicht überzeugen und besorgt, daß im Falle der Bewilligung sehr bald für alle Wachen elektrisches Licht gefordert werden würde, während Gasbeleuchtung unzweifelhaft billiger sei und die Stadt den Konsum des Gases zu heben, nicht zu beschränken, bestrebt sein müsse.

Stadtv. Sachs II beantragt, das Kapitel „Polizeikosten“ an den Zuschuß zurückzuverweisen. Der Satz von 250 M. als Beitrag der Stadt pro Kopf der Bevölkerung zu den Kosten der Polizeiverwaltung sei gesetzlich festgelegt unter der Voraussetzung, daß auch das Nachwachswesen vom Staate übernommen wird, wofür der Staat das Doppelte der städtischen Ausgabe aufwenden wolle. Es bleibe aber am 1. April bezüglich des Nachwachswesens alles beim alten, die Stadt müsse also mehr bezahlen, ohne etwas davon zu haben. Mindestens müsse Aufklärung über die Lage dieser Angelegenheit geschaffen werden.

Kämmerer Meyer: Ich bitte, den Antrag als gegenstandslos abzulehnen. Der Magistrat hat bereits beschlossen, sich petitionirend an den Landtag zu wenden. Eine Zurückbehaltung des betreffenden Anteils an den Kosten ist natürlich unmöglich, da das Gesetz uns zur Zahlung von 250 M. pro Kopf verpflichtet.

Stadtv. Baumgarten: Im Ausschusse ist behauptet worden, daß eine Firma, welche Lieferungen von Bekleidungsgegenständen der Schuhmannschaft und der Feuerwehr erhalten hat, die Sachen in Strafanstalten anfertigen lasse. Da solche Behauptungen leicht tendenziös ausgedeutet werden können, wenn ihnen nicht sofort widersprochen wird, so bitte ich den Magistrat, sich, was im Ausschusse nicht geschehen ist, über die Behauptung zu äußern. Ich hoffe, daß dieselbe sich als unbegründet herausstellen wird.

Stadtv. Stadthagen: Ich unterstütze den Antrag des Herrn Sachs II und beantrage, den ganzen Etat für die Polizeiverwaltung dem Ausschusse zurückzugeben. So einfach wie der Kämmerer sagt, liegt die Sache denn doch nicht. Wir haben volles Recht, bei der außerordentlich zweifelhaften Rechtslage des Feuerlösch- und Straßenschwefelwesens, die durch das neue Gesetz noch zweifelhafter geworden ist, Alles zu versuchen, um Klarheit in die Sache zu bringen, namentlich die Frage zu untersuchen zu lassen, welche von den Ausgaben, die außerhalb der 250 M. noch in dem Etat von uns verlangt werden, eigentlich mit durch die 250 M. zu deducen sind. Es handelt sich ja nur darum, die rein rechtliche Seite der Sache im Etat-Ausschusse nochmals zu prüfen; eine Verzögerung der Etatsberatung entsteht dadurch nicht.

Stadtv. Meyer I: Wir haben hier keine juristische Fakultät. Der Antrag verspricht nicht den geringsten Erfolg. Was der Zuschuß machen soll, hat keiner der Vorredner dargelegt. Wollen Sie etwas Praktisches machen, dann beschließen Sie: „Die Bewilligung erfolgt nur unter Vorbehalt der Rechte der Stadtgemeinde.“

Stadtv. Sachs II: Was würde man zu einem Kaufmann sagen, der unter bestimmten Voraussetzungen den Kaufpreis für ein Objekt erhöht und diese Voraussetzungen später einfach nicht erfüllt? Eine Petition in einer an sich so klaren Sache wäre nicht der richtige Weg, sondern die Stadt hat die Pflicht, ihre aus dem Gesetz ihr zustehenden Rechte aufs Energischste zu betonen.

Stadtv. Spinola tritt dem Vorschlage des Stadtv. Meyer I bei.

Stadtv. Vogtherr: Der Magistrat hat sich auf die Bitte des Herrn Baumgarten noch nicht geäußert, dieses Schweigen ist eine der deutlichsten Antworten auf die Anträge des Herrn Baumgarten. Die Anpassung der Sozialdemokraten, als ob diese die Angelegenheit agitatorisch oder tendenziös ausnützen würden, wird ganz hinfällig dadurch, daß die von uns erhobene Anklage nicht bloß von dem betreffenden Arbeiter bestätigt wird, sondern auch von dem Obermeister der Schneider-Zunft, dahin gehend, daß seitens einer bestimmten Firma die betreffenden Kleidungsstücke in Moabit und Pflanzense gefertigt werden. Das ist dieselbe Firma, von der eine Anzahl Kleidungsstücke als unbrauchbar zurückgewiesen wurden. Wir wünschen selbst, daß der Magistrat sich äußert. Es bleibt dabei, daß die Stadt durch Vermittelung ihrer Unternehmer in Zuchthäusern und Gefängnissen arbeiten, und sich lieber gefallen läßt, daß große Partien wegen Unbrauchbarkeit zurückgewiesen werden. Eine der glänzendsten Leistungen des Wirtschaftssystemes der Stadt Berlin!

Unter Ablehnung des Antrags Sachs II wird der Etat der Polizeiverwaltung nach dem Antrage Meyer I genehmigt.

Weim Etat für die Straßenreinigung, Beleuchtung und Bepflanzung bemerkt

Stadtv. Zadel: Arbeiter der Straßenreinigung haben sich bei uns beklagt über die eigenthümlichen Zustände bei der Selbstverwaltung ihrer Krankenkasse; die Wahl der Vorstandsmitglieder gleiche mehr einer Abstammung, als einer geheimen Wahl. Ich möchte bitten, die Selbstverwaltung bei dieser Klasse mehr Thatsache werden zu lassen. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß am Humboldt-Hofen Bedürfnisanstalten fehlen und deshalb mehrfach die Bedürfnisse in ganz idyllischer Weise dort öffentlich befriedigt werden. Schon wegen der Cholera-Gefahr ist Abhilfe dringend nötig.

Stadtv. Reudnick: Dem Magistrat sind Klagen wie die vorgetragene direkt nicht zugegangen. Wenn Leute sich unangemessen auf öffentlicher Straße benehmen, so ist das kein Gegenstand der Straßenreinigung, ebenso wenig wie die Bedürfnisanstalten.

Der Etat wird en bloc angenommen.

Zum Etat der Gemeindefriedhöfe beantragt der Zuschuß eine Resolution, welche die Errichtung eines besonderen Kuratoriums für den Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde empfiehlt und telephonische Verbindung zwischen dem Rathhause und dem Friedhofe wünscht.

Stadtv. Pincusohn beantragt die Annahme einer Resolution, welche die schleunige Anbahnung von Verhandlungen mit der Ostbahn beauftragt Errichtung einer Haltestelle an dem Friedhofe verlangt. Es sei bisher in dieser dringenden Angelegenheit nichts geschehen. Vor dem Friedhofe befindet sich ein Platz, vollkommen ausreichend zur Errichtung einer solchen Halte-

stelle. Der Transport der Leichen mit der Bahn würde sich viel billiger stellen als zu Wagen.

Beide Resolutionen werden einstimmig angenommen und der Etat unverändert bewilligt, desgleichen ohne Debatte der Etat für die Zivilstandsämter.

Der Etat der städtischen Gasanstalten ist nach den Beschlüssen des Ausschusses in Einnahme und Ausgabe auf 22 817 150 M. festgesetzt.

Dem Ausschusse lagen hierzu zwei Anträge vor:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat, a) unter Vereinbarung mit der Englischen Gasanstalt vom Etatsjahre 1894/95 ab den Preis des Gases gleichmäßig, ob zu Leucht-, Wirtschafts- oder Industriezwecken, nicht unerheblich herabzusetzen; b) das zur öffentlichen Beleuchtung erforderliche Gas von etwa 16 Millionen Kubikmeter à 12 Pf. in den Etat für 1894/95 in Einnahme zu stellen.
2. Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Gaspreise für 1894/95 wesentlich zu ermäßigen und diese Preisreduktion bei der Staatsausstellung zu berücksichtigen.

Beide Anträge sind im Ausschusse abgelehnt worden.

Die Mehrheit und die Magistratsvertreter sind der Meinung, daß eine Verbilligung des Gases um 4 Pf. pro Kubikmeter einen Einnahme-Ausfall von 8 200 000 M. ergeben würde, der eventuell auf die Einkommensteuer geschlagen werden müßte. Eine Steigerung des Konsums bis zur Ausgleichung des Ausfalls sei nicht zu erwarten. Das Gasatorium habe bereits eine Subkommission zur Prüfung der Frage eingesetzt, welche Schritte zur Hebung der Produktion und Erzielung eines größeren Absatzes gethan werden müssen. Das Gasatorium verfähre nicht bürokratisch, wie ihm vorgeworfen werde, könne aber auch in bezug auf kaufmännischen Betrieb nicht so weit gehen, wie die Englische Gesellschaft, die als freie Erwerbsgesellschaft in ihrer Bewegung viel weniger gehindert sei. Es werde indeß danach gestrebt werden, dem Vorkost oder der Bequemlichkeit der Konsumenten so viel als thunlich entgegenzukommen.

An den Kosten für die öffentliche Petroleumbeleuchtung sind 8000 M. abgesetzt worden.

Zur Plenarberatung wird von dem Stadtv. Kalisch der Antrag eingebracht, eine allmähliche Verbilligung des Gases in Erwägung zu nehmen.

Stadtv. Zadel: Die Arbeiter der Gasanstalt in der Gitschinerstraße beschwerten sich über mangelndes oder schlechtes Trinkwasser. Der früher vorhandene einzige Hahn lieferte ungenießbares Wasser. Die Choleraepidemie brachte es zwar dahin, daß ein zweiter Hahn angebracht wurde, der gutes Trinkwasser im Sommer und Winter liefert. Die Arbeiter fürchten, daß mit der Choleraepidemie auch diese Einrichtung wieder verschwindet. Es sollten neue Bohrungen nach Trinkwasser vorgenommen oder sonst dauernde Abhilfe geschaffen werden. Bei der Gasanstalt in der Müllerstraße sind die Einrichtungen für Klosetts sehr mangelhaft und der Stadt nicht würdig.

Der Etat wird genehmigt.

Den Antrag Kalisch bittet der Referent Ramsblau abzulehnen. Die Bahnvorstellung, daß die Verbilligung den Konsum verdoppeln werde, sei nicht haltbar. Der Ueberschuß von fünf Millionen sei bei einer Herabsetzung des Preises von 16 auf 12 Pf. nur zu erreichen, wenn der Absatz des mit 16 Pf. abgegebenen Gases von 80 auf 120 Millionen Kubikmeter stiege. Das sei ganz ausgeschlossen. Auch die englische Gesellschaft gehe in dem Prozenzfuß des Mehrkonsums zurück.

Stadtv. Kalisch: Ich habe lediglich beantragt, eine allmähliche Herabsetzung der Gaspreise in Erwägung zu nehmen; die Ausführungen des Referenten treffen diesen harmlosen Antrag gar nicht.

Stadtv. Scheiding: Ich muß bei meiner Ansicht bleiben, daß die gegenwärtige Höhe des Gaspreises lediglich als indirekte Steuer auf die Abnehmer drückt. Wenigstens müßten doch die Ausgaben für die öffentliche Beleuchtung in den Gasetat eingestellt werden. Die Annahme des so abgeschwächten Antrags Kalisch kann ich nur empfehlen.

Stadtv. Marggraf: Die direkte Aufforderung zur Ermäßigung der Gaspreise möchte doch in der Bürgererschaft unbedeutend, weil unerfüllbare Hoffnungen erwecken. Wir scheitern nur sehr langsam noch mit dem Mehrabfah fort und sind fast schon zu einem Stillstand gekommen. Die Gasanstalt in Schmaragdendorf kann vorerst sich nicht so rentiren wie die alten Anstalten. Auch die Bestimmungen über die Sonntagsruhe schneiden hier ein. Wir können nicht in 6 Tagen soviel produzieren, als wir in 7 verbrennen. An Gasbehältern und sonstigen Baulichkeiten wird dadurch ein Erhebliches mehr erfordert. Wenn wir schon jetzt dieser Schwierigkeit gegenübersehen, so läßt die Herabsetzung der Gaspreise vollends ein Ende der schiefen Ebene nicht absehen.

Stadtv. Deter tritt für den Antrag Kalisch ein. Derselbe gehe nicht etwa zu weit, sondern lange nicht weit genug. Es könne nicht länger geduldet werden, daß die Gas Konsumenten mit einem Theil des öffentlichen Ausgabebedarfs belastet werden, den sonst die Gesamtheit zu tragen hätte.

Im Schlußwort führt Stadtv. Ramsblau aus, daß die Gründe, welche die Versammlung 80 Jahre lang zur Ablehnung derartiger Anträge bewogen haben, gute gewesen sein müssen. (Geleitet.)

Der Antrag Kalisch wird abgelehnt, der Etat der Gaswerke genehmigt.

Weim Etat für die Wasserwerke ist beschlossen worden, den gültigen Tarif für Wasser und Wassermesser auch für 1893/94 in Kraft bleiben zu lassen.

An den Betriebskosten sind mit Rücksicht auf das günstigere Ergebnis der Kohlensubvention 40 000 M., von den Zinsen für die Anleihe 105 505 M. abgesetzt, so daß sich der Ueberschuß dieser Verwaltung von 1 533 712 M. auf 1 679 907 M. erhöht. Der Etat balancirt mit 11 020 428 M.

Die Versammlung beschließt hinsichtlich des Tarifs und des Etats nach dem Ausschussantrage.

Weim Etat des Central-Viehmarktes hat der Zuschuß die Herabsetzung des Futtertarifs und die Erhöhung des Standgeldes für das Vieh genehmigt, der Etat selbst wurde unverändert zur Annahme empfohlen, dergl. der Etat des Schlachthofes. Die Schlachtgebühren für Rinder wird von 1,50 auf 1,40 M. herabgesetzt.

Zu den neuen Tarifen und zur Ermäßigung der Schlachtgebühren für Rinder erteilt die Versammlung die Zustimmung.

Stadtv. Vogtherr: In jüngster Zeit ist zwischen den Viehhändlern und Schlächtern ein Streit entstanden bezüglich der Verlegung der Hauptmärkte. Dieser Streit hat ein schnelles Ende dadurch vorläufig gefunden, daß sich das Polizei-Präsidium auf die Seite der Viehhändler gestellt und die Viehmärkte auf Mittwoch und Sonnabend angelegt hat. Ich bin abgesehen von meiner Eigenschaft als Fleischkonsument (Geleitet) durchaus sachverständig, möchte aber den Magistrat darum ersuchen, daß er, wenn er um seine Zustimmung zu der Polizeiverordnung angegangen wird, die Frage von dem Standpunkte aus prüfen möge, wie



diese Verlegung der Märkte auf die Fleischpreise einwirken wird. Das Publikum hat daran ein großes Interesse, eine Erhöhung der Fleischpreise dürfte unabwendbar sein. Möglicherweise würde der Magistrat auch dadurch beunruhigt werden können, daß durch die längere Fütterung der Stadt größere Einnahmen erwachsen. Ich hoffe, daß diese Rücksicht nicht entscheidend in die Waagschale fallen wird. Es handelt sich darum, das Interesse des Publikums, nicht einseitig das der Schlächter oder der Viehwirtschaftler zu wahren.

Stadtrath Hübner: Dem Magistrat oder dem Kuratorium liegt nach keine Spur einer Nachricht von dieser Polizeiverordnung vor. Die „National-Zeitung“ hat und bereits ihr zustimmen lassen, während die Verordnung uns noch nicht einmal zugegangen ist.

Der Etat wird genehmigt, desgleichen der Etat für die Fleischschau.

Die Fortsetzung der Verhandlungen muß wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit der Versammlung unterbleiben.

Schluß 9 Uhr.

## Tokales.

### Anruf

an die Gewerbevereins-Veßiger und Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften und Arbeitervereine Bechluss.

Am 1. April beginnen an der Arbeiter-Bildungsschule, und zwar in der Nordstraße, Müllerstr. 170a; Oßstraße, Marxstr. 21, und Schönhofstraße, Reichensbergerstr. 133, Unterrichtskurse für Gesellen und zwar zunächst speziell für die Gewerbevereins-Veßiger.

Der Unterricht hat den Zweck, die Veßiger in den Stand zu setzen, das ihnen durch das Vertrauen der Arbeiter übertragene Amt gehörig auszuführen. Unterrichtet wird in den hauptsächlichsten hierfür in Betracht kommenden Fragen: Gewerbe-Ordnung und Arbeitsvertrag, an der Hand von Beispielen, wie sie sich in der Praxis ergeben. Die Dauer des Studiums ist auf drei Monate festgesetzt.

Daran anschließend beginnt der Unterricht für die Vorstandsmitglieder gewerblicher und anderer Vereine. Zur Behandlung gelangen: Vereinsgesetz; die hauptsächlichsten Bestimmungen des Strafgesetzbuches; Unfall-, Kranken-, Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetzgebung.

Der Unterricht wird von den Rechtsanwälten Herren Heine, Freudenthal und Stadthagen erteilt.

Da dieser Unterricht von der größten Wichtigkeit ist, erwartet der Vorstand der Schule die Beteiligung sämtlicher dabei in Betracht kommenden Personen. Die Berliner Arbeitervereinsvereine können verlangen, daß die Kerner, die sie zu vergeben hat, auch gedrückt verwohlet werden. Dies wird aber nur dadurch möglich, daß jeder die einschlägigen Verhältnisse zu beurtheilen in der Lage ist. Diese Kenntniß zu schaffen, bietet die Schule durch die Einrichtung des Unterrichts die einzige Gelegenheit.

Um ermessen zu können, mit welcher Teilnehmerzahl für jede der drei oben genannten Schulen gerechnet werden kann, werden sämtliche Gewerbevereins-Veßiger und Vorstandsmitglieder, die sich an dem Unterricht beteiligen wollen, ersucht, ihre Adresse mit deutlicher Wohnungsangabe und dem Vermerk, ob Gewerbevereins-Veßiger oder Vorstandsmitglied, bis zum Donnerstag, den 30. März, an den Kassirer der Arbeiter-Bildungsschule H. Gumpel, Barnimstr. 42, einzuschicken.

Der Vorstand  
der Arbeiter-Bildungsschule.

**Zum Kapitel der schwarzen Listen.** Die Straßenerklärung freitender Arbeiter seitens der Unternehmer steht nach wie vor in voller Blüthe, wie folgendes und in die Hände gefallene Zirkular wiederum beweist.

22. März 1893.

### Vertraulich!

#### P. P.

Wir erlauben uns, Ihnen ergebenst mitzutheilen, daß die auf beiliegender Liste verzeichneten bei uns beschäftigt gewesen Mechaniker, Schlosser etc. freitend und sich mit den von uns entlassenen Schraubendreher (folgen die Namen der drei Entlassenen) solidarisch erklärten, weil wir es ablehnten, den letzteren 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden zu gewähren.

Wir halten es für geboten, Ihnen hierüber vertrauliche Mittheilung zu machen und stellen es Ihnen ergebenst anheim, bei Einstellung von Arbeitern Ihre Maßnahmen im gegenseitigen Interesse der Arbeitgeber zu treffen.

#### Hochachtungsvoll

Groß u. Graf (S. Graf. C. Hoffmann).

Dem Zirkular ist eine Liste mit den Namen und Adressen von 46 freitenden Arbeitern beigegeben.

Beachtenswerth ist die zarte Wendung in dem Zirkular „weil wir es ablehnten, 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden zu gewähren“. Wie bekannt ist, liegt die Sache so, daß die Firma ihren Arbeitern zugemuthet hat, auf den bisher gewährten Zuschlag für Ueberstunden zu verzichten, ihnen also einfach mit einer ganz bedeutenden Lohnreduktion entgegenzutreten ist.

Der Polizeipräsident bringt das unterm 16. Oktober 1879 erlassene Verbot, Kinder unter vierzehn Jahren auf den Straßen, in den Häusern oder in Lokalen handeln zu lassen, in Erinnerung.

**Die wünschenswerthe Einführung eines allgemeinen Zehnpendig-Tarifs** für den Stadtverkehr bei den Ueberbahnen wird als Bedürfnis u. a. auch durch den Jahresbericht der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft erwiesen. Diese Gesellschaft besaß im vorigen Jahre auf elf Linien mit täglich 143 Wagen 21 202 617 Personen. Von diesen bezahlten den Normalpreis von 10 Pf. 17 1/2 Millionen Fahrgebühren, während nur 2 1/2 Millionen 15 Pf. zahlten und gar nur 1 Million 20 Pf. Aus diesem Zahlenverhältnis ergibt sich zur Genüge das überwiegende Bedürfnis nach Zehnpendig-Strecken. Daß die Gesellschaft selbst dabei nicht schlecht gefahren ist, beweist die Einnahme von 2 353 645 M. 20 Pf. aus dem Omnibusdienst im vorigen Jahre und die Vertheilung von 12 pCt. Dividende an die Aktionäre.

**Betreffs des Uebergangs auf die mitteleuropäische Zeit** wird im „Reichs-Anzeiger“ auf die zahlreichen, an die Berliner Sternwarte gelangten Anfragen folgendes mitgetheilt: Die von der Berliner Sternwarte regulirten städtischen Normaluhren werden am Nachmittage des 31. März (Freitag) zwischen vier und sieben Uhr auf die mitteleuropäische Zeit gebracht, das heißt um sechs Minuten 25 Sekunden vorgestellt werden. Man wird also am Freitag, 31. März, von sieben Uhr Abends ab von der Normaluhr am Kammergericht-Gebäude, sowie am Potsdamer Thor, am Oranienburger Thor, am Hackeschen Markt, am Spittelmarkt und am Moritzplatz die mitteleuropäische Zeit mit Sicherheit entnehmen können. Im Anschluß an diese Vorrückung der Normaluhren werden an demselben Nachmittage und Abends auch die Angaben der Uhren an den Urania-Säulen auf die mitteleuropäische Zeit eingestellt werden, jedoch jedenfalls noch vor der Mitternacht, mit welcher der 1. April beginnt, an allen öffentlichen Uhren, welche unmittelbar oder mittelbar von der hiesigen Sternwarte aus regulirt werden, die mitteleuropäische Zeit durchgeführt sein wird.

Am den hygienischen Ansprüchen im Schneidergewerbe zu genügen, richtet die Firma Hermann Gerson, früher Kaiser-Sager, wie uns die Agitationskommission der Schneider und

Schneiderinnen mittelst, Werkstätten für ihre in der Maschinenbranche beschäftigten Schneider ein. Wer da weiß, unter welchen schlechtesten Bedingungen die feinsten Kleidungsstücke in der Hausindustrie hergestelt werden, wird dieses als einen wesentlichen Fortschritt betrachten müssen. Diese Firma hat auch ihren Arbeitern den verlangten Lohn bewilligt und sonstige Verbesserungen getroffen. Dieses beweist, daß das Gewerbe, welches augenblicklich bei der Lohnbewegung in der Schneiderei erlitten, als könne die Industrie die Regelungen, welche die Arbeiter treffen wollen, nicht vertragen, vollständig ungerechtfertigt ist.

**Die Arbeiter-Wohlfahrts-Kantate** der deutschen Fabriken mehrten sich in erfreulichem Maße, schreibt die von Dr. Böhmert herausgegebene „Sozial-Korrespondenz“, das Organ des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen. Als Beispiel hierfür führt sie den von uns bereits mitgetheilten Geschäftsbericht der „Chemischen Fabrik auf Aktien“ (vormals C. Schering) in Berlin N., Müllerstraße 170. Diese Chemische Fabrik, schreibt sie, deren Aktienkapital 8 Millionen Mark beträgt, erzielte im Jahre 1892 einen Reingewinn von 843 569 M. 88 Pf., wovon die Aktionäre 20 pCt. Dividende, d. i. 600 000 M., erhalten sollen, während der Antheil des Aufsichtsraths 5 pCt. = 41 878 M. 47 Pf., des Vorstandes 10 pCt. = 93 758 M. 88 Pf. und der Beamten 8 1/2 pCt. gleich 89 797 M. 44 Pf. betragen und die Allgemeine Unterstützungskasse eine 7. Detonation von 6000 M. empfangen hat. Und dieser großmüthigen Dotation gegenüber hebt die „Sozial-Korrespondenz“ noch rühmend hervor, daß zwar die Dividenden der Aktionäre und der Reingewinn des Aufsichtsraths und Vorstands sehr erhebliche sind, daß man jedoch auch die Beamten und Arbeiter nicht vergißt.

600 000 M. Dividende für die nichtstehenden Aktionäre, 6000 M. für die Arbeiter — und hieraus will der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen die Herrlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die so gut für die Arbeiter sorgt, nachweisen.

In Friedrichshagen hat die Beschwerde der Wirths über die Handhabung der Polizeistunde den Erfolg gehabt, daß der Amtsvorsteher der Deputation der Wirths mittheilte, daß vom 1. April ds. Jz. ab die Polizeistunde für alle dortige Wirths bis 12 Uhr Nachts wahren soll.

Der Kampf gegen die Viehmarkt-Verlegung hat ein plötzliches Ende genommen, indem das Polizeipräsidium ein Nachwort sprach und folgende Verfügung erließ: § 1. Auf dem Viehmarkt findet fortan nur am Mittwoch und Sonnabend jeder Woche Schlachtviehmarkt statt. § 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung unterliegen der Strafvorschrift des § 149 Nr. 6 der Reichs-Gewerbe-Ordnung.

Wegen Soldatennißhandlung verhaftet ist der Unteroffizier Sch. der 6. Kompanie des Garde-Elisabeth-Regiments in Spandau. Am Sonnabend voriger Woche erschoss sich in der Kaserne dieses Truppenheils der im ersten Jahre dienende Grenadier Müller. Der Selbstmörder war nicht augenblicklich todt, sondern besaß noch seiner Auffindung noch so viel Kraft, um dem hinzugerufenen Kompaniechef, Herrn Hauptmann von Arnim, als Motiv der That anzugeben, daß er in den Tod gegangen, um den Mißhandlungen, die ihm seitens des Unteroffiziers Sch. widerfahren, aus dem Wege zu gehen. Die militärische Untersuchung führte zu dem Resultat, daß Sch., welcher in einer Unteroffizierschule ausgebildet und erst kurze Zeit bei dem Regiment ist, in Arrest geführt wurde.

Am Gerichtsgebäude zu Moabit sollte heute Vormittag im Zimmer 70 ein Verleumdungsprozeß verhandelt werden, in dem die in der Köpenickerstraße wohnende Hauswirthin u. B. die Angeklagte war, weil sie sich gegen Meißner thätlich vergangen haben soll. Die Sache war schon früher verlag worden und wurde es diesmal wieder, weil ein Zeuge nicht erschienen war. Infolge dessen wurde Frau u. B., eine sehr torpente Dame, anscheinend von einem Schlaganfall befallen, sprang laut auf und mußte auf eine Bank gebettet werden. Hier hat sie etwa zwei Stunden zugebracht, statt daß man sie gleich nach einem Krankenhause befördert. Endlich trugen vier Männer die Kranke aus dem Gerichtsgebäude heraus, brachten sie in eine Droschke erster Klasse und sorgten für ihre Fahrt nach der Wohnung. Auf der Straße mußten Schutzmänner zusammenlaufende Leute fernhalten.

Ein bedeutender Aufruf entstand gestern gegen Mittag auf der Kaiser-Wilhelmbrücke. Um 11 1/2 Uhr war ein etwa 50 Jahre alter Mann über das Geländer hinweg in die Spree gesprungen. Von den dort ankernden Fahrzeugen wurden sofort Röhre losgemacht, und es gelang auch, den Lebensmüden zu retten. Wie sich jetzt herausgestellt hat, ist es der Schlächter Karl H., der in der Alten Schönhauserstraße wohnt und wegen andauernder Krankheit den Selbstmordversuch gemacht hat.

Ein „bissiger Gatte und Vater“ ist in der heutigen Nacht in der Person des Bauarbeiters Bösch (Neue Schönhauserstr. 14 wohnhaft) festgenommen worden. Gegen 12 Uhr kam die Frau des Obengenannten, welche einen Viktualienhandel betreibt, nach Hause, wurde jedoch von B. nicht in die Wohnung hineingelassen. Als der zwanzigjährige Stiefsohn, der Maurer Maizyl, die Thür öffnete, gerieth B. in eine solche Wuth, daß er sich auf seine Gattin stürzte, und derselben den Daumen der linken Hand abhieb, sowie auch eine schwere gleiche Wunde am Oberarm beibrachte. Als der Sohn zur Unterstützung der Verletzten herbeieilte, biß B. auch diesen M. in den rechten Arm und in die Nase. Während die Polizei den bissigen Familienvater festnahm, mußten sich die beiden Verwundeten nach der nächstbelegenen Sanitätsstation begeben, wo sie Nothverbände erhielten.

In der Schlaftrunkenheit hat die Ehefrau des Tischlers Bornstein, Andrastr. 18, eine für sie verhängnisvolle Verwechslung vorgenommen. Sie erwachte in der letzten Nacht vor Durst und wollte Wasser trinken. Hierbei griff sie aus Versehen nach einer mit Karbolsäure gefüllten Flasche und trank davon eine ziemlich erhebliche Menge. Obgleich von der nahe gelegenen Sanitätsstation ärztliche Hilfe sofort zur Stelle war, so konnte die Unglückliche nicht mehr gerettet werden, sie starb bereits gestern Morgen an inneren Verletzungen.

In entsetzlicher Weise verbrüht wurde in der Nacht zu Mittwoch um 11 1/2 Uhr die fünfjährige Tochter des Schmieds Mertens, Elisabeth-Str. 47. Das Dienstmädchen hatte in der Küche eine Wanne mit heißem Wasser gefüllt. Als sie für kurze Zeit die Küche verließ, fiel das fünfjährige Tochterchen des M. rücklings in die Wanne und verbrühte sich Rücken und Hals so stark, daß es schwer daniederliegt und bis jetzt nur geringe Hoffnung auf Wiederherstellung bietet.

**Selbstmord!** Aus Weissensee meldet man uns: Am Mittwoch Vormittag wurde der Händler August Seidel aus Blankenfelde am Gartenzaun des Hauses Heinersdorferstr. 1 erhängt aufgefunden. Jemand welche Papiere, welche den Selbstmord des hier und auch in Berlin bekannten Händlers motiviren könnten, fehlen gänzlich.

**Wartpreise in Berlin** am 22. März, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,50—16,10 M., mittlerer von 15,00—14,60 M., geringerer von 14,50—14,00 M., Roggen per 100 Kg. guter von 13,20—13,00 M., mittlerer von 12,90—12,80 M., geringerer von 12,70—12,50 M., Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,80—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,60 M., geringerer von 14,50—14,00 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von

4,65—4 M. Den p. 100 Mkg. von 8,20—5 M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 60,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 8,00—4,50 M. Rindfleisch per 1 Kg. von 1,20—1,00 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,30—0,90 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,90 M. Eier per 60 Stück von 5,00—2,40 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Hele von 3,00—1,20 M. Hander von 2,40—1,00 M. Dorsche von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Weie von 1,40 bis 0,60 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—3,00 M.

**Polizeibericht.** Am 22. d. M., Morgens, wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Kronenstraße, erhängt vorgefunden. — Gegenüber dem Hause Burgstr. 19 sprang Vormittags ein Schlächter in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charitee gebracht. — Auf dem Plage vor dem Böttcher Bahnhofe erlitt ein achtjähriger Knabe beim Spielen einen Bruch des Ellbogengelenks. — In der Nacht zum 23. d. M. vergiftete sich eine Frau in ihrer Wohnung, in der Andrastr. mittels Karbolsäure. — Am 22. d. M. fanden drei kleine Brände statt.

## Gerichts-Beilage.

**Umfangreiche gegen den Postfiskus begangene Verbrechen** beschäftigten gestern die neunte Strafkammer des Landgerichts I in einer längeren Verhandlung, welche sich gegen den Briefträger Friedrich Bernhard Weichert und dessen Ehefrau Marie Weichert, geb. Koch richtete. Der Weichte war der unterfertigten Eröffnung von Briefen in mindestens 66, der Amtunterfertigung in 22 Fällen, außerdem der Urkundenfälschung, des vollendeten Betrugs in mehreren Fällen und des versuchten Betruges in einem Falle beschuldigt, seine mitangeklagte Ehefrau soll sich der schweren Delikte und der Weichte zur Urkundenfälschung und des versuchten Betruges in je einem Falle schuldig gemacht haben. Die Anklagesache hat bei der Vorbehörde außerordentliches Aufsehen erregt, es wählten vier höhere Beamte am Reichs-Postamt der Verhandlung bei. In den letzten Jahren liefen bei der hiesigen Vorbehörde außerordentlich viele Beschwerden ein, wonach Ehedes, welche vom Auslande in gewöhnlichen Briefen an hiesige Adressaten geschickt worden waren, nicht in den Besitz derselben gelangt seien. Es stellte sich heraus, daß die vernichteten Ehedes in allen Fällen von unbetreuer Hand bei den betr. Bankhäusern präsentirt und wie es bei diesem Zahlungsmodus üblich ist, ohne Prüfung der Person ausbezahlt worden waren. Alle diese Briefe waren durch das Postamt 26 expedirt worden. Trotz der größten Aufmerksamkeit der Beamten wiederholten sich die Fälle; die Lage der bei dem Postamt 26 angestellten Beamten wurde eine unerträgliche, einer traute dem anderen nicht. Im November v. J. griff der Kommissar der Postverwaltung zu einem Mittel, wodurch es endlich gelang, den Thäter in der Person des Angeklagten zu ermitteln. In Mailand wurde ein gefälschter Ehedes auf ein hiesiges Bankhaus ausgegeben, der einem Briefe einverleibt wurde, den der Angeklagte zu bestellen erhielt. Der Brief wurde nicht abgegeben, der Ehedes dagegen bei dem betreffenden Bankhause von der Ehefrau des Angeklagten zur Zahlung vorgelegt. Sie sowohl wie ihr vor der Thür harrender Gemann wurden festgenommen. Der Angeklagte legte in der Verhandlung im wesentlichen ein Geständniß ab, er bestritt aber entschieden, daß seine Ehefrau von seinem verbrecherischen Thun Kenntniß gehabt. Er habe ein Gehalt von insgesamt 1400 M. bezogen. Seine Ehefrau stamme aus guter Familie, sie sei auf einem Gute bei Stettin erzogen worden. Er habe ihr ein besseres Leben verschaffen wollen, als sonst ein kleiner Beamter es könne und deshalb den Plan gefaßt, ihr ein kleines Postamentgeschäft einzurichten. Hierzu hätten ihm die Mittel gefehlt. In Unterhaltungen mit seinen Kollegen sei mehrfach zur Sprache gekommen, daß häufig Ehedes aus dem Auslande in gewöhnlichen Briefen verschickt würden. Er sei auf die Idee gekommen, die ihm zur Bestellung übergebenen Briefe an größere Firmen auf etwaigen Inhalt zu untersuchen. Er habe dies in den Hausfluren gethan, indem er durch Benehmen der gummirten Stellen die Klebkraft aufhob und in geschickter Weise die Briefe durch Einschieben eines Bleistifts öffnete. Wenn er nichts in dem Briefe gefunden, habe er denselben wieder geschlossen, zu welchem Zwecke er hiesig ein Gläschen mit flüssigem Gummi bei sich geführt. Schon nach wenigen Versuchen sei ihm ein Ehedes aus Genau in die Hände gefallen, derselbe habe auf 2000 M. gelautet. Den Brief habe er vernichtet, der Ehedes sei ihm anstandslos ausbezahlt worden. Nun habe er 1000 M. zur Einrichtung des Postamentwaaren-Geschäfts angewandt. Er habe das unredliche Manöver dann noch 21 mal wiederholt. Die Ehedes kamen aus allen Himmelsrichtungen, aus Smyrna, Livabon, Kopenhagen, Wiborg, London und anderen Städten. Im Ganzen hat der Angeklagte über 12 000 Mark erbeutet. Er behauptete, daß das von seiner Frau betriebene kaufmännische Geschäft so schlecht gegangen sei, daß er stets neue Zuschnitte habe machen müssen. Seine Frau habe er wiederholt gesagt, daß er in der Lotterie gewonnen habe. Der Vorliegende wies den Angeklagten darauf hin, daß er zweifellos noch Geld hinter sich haben müsse, er könne unmöglich die große Summe verbrannt, sondern müsse einen Theil derselben vermauert, vergraben, oder sonstwie bei Seite geschafft haben. Er solle die schwere Strafe, die er zu erwarten habe, doch durch ein völlig offenes Geständniß etwas zu mildern suchen. Der Angeklagte blieb dabei, daß das Geld verbrannt sei und daß seine Ehefrau von dem unredlichen Erwerbe nichts wisse. Die Letztere, welche sich früher für schuldig bekannt, zog ihr Geständniß im Termine zurück, sie will wirklich geglaubt haben, daß ihr Mann häufig in der Lotterie gewonnen. Nur bei dem letzten Falle habe sie sich gedacht, daß es sich um eine schlechte Sache handele, denn ihr Mann habe ihr gesagt, sie möge lieber zur Bank gehen, da er erlauft werden könne. Der alte Zeuge vormalige Postinspektor Meißner bekundete, daß die Postbehörde wie das Publikum kaum schwerer getäuscht werden könne, wie es durch den Angeklagten geschehen. Derselbe genoh bei dem Postamt-Vorsteher ein besonderes Vertrauen, so daß der Verdacht erst nach Jahren auf ihn fiel. Andere Beamte seien verdächtig gewesen und hätten darunter schwer gelitten, einen Beamten habe man 14 Tage hindurch auf Schritt und Tritt von einem Geheimpolizisten beobachtet lassen, und es hätten sogar Verlegungen stattgefunden. In dem Bezirk, in welchem der Angeklagte zu bestellen hatte, sei zuletzt eine solche Unsicherheit im Postverkehr eingetreten, daß die größeren Firmen rathlos gewesen wären. Der Angeklagte müsse eine Anmenge von Briefen geöffnet und unterschlagen haben, um sich so viele Ehedes aneignen zu können, wie es geschehen. Seine Wohnung sei elegant eingerichtet gewesen, er habe sich ein Dienstmädchen gehalten und überhaupt so gelebt, daß seine Ehefrau einsehen mußte, daß dies mit den Verhältnissen eines Briefträgers in Widerspruch stehe.

Der Staatsanwalt hielt es doch für angezeigt, den Angeklagten milderns Umstände zu bewilligen, er beauftragte gegen den Ehemann vier Jahre Gefängniß und fünfjährigen Ehrverlust, gegen die Ehefrau zwei Jahre Gefängniß.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Bronker, suchte eine noch mildere Auffassung bei den Richtern zu erzielen. Der Gerichtshof ging in betreff des Angeklagten Weichert weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. Es wurden die milderns Umstände verneint und der Angeklagte zu sechs Jahren



Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust verurteilt. Die mitangeklagte Ehefrau Weichert wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

**Wegen fahrlässiger Tötung** stand gestern der Droschkentreiber August Zeigle vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Der Polizeileutnant Kuhlmann ging am Abend des 24. Januar v. J. von der Weidenbammer Brücke kommend die Friedrichstraße entlang. Beim Monopol-Hotel angelangt, kam ihm eine Droschke entgegen, deren Führer sein Pferd durch fortgesetzte Peitschenhiebe zum schnellsten Galopp anspornte. Gleichzeitig bemerkte der Leutnant bei der Stadtbahn-Überführung einen Menschenauflauf, und die Rufe, daß jemand überfahren sei. Der Leutnant rief dem Droschkentreiber zu, er solle halten, derselbe raste aber weiter, und zwei ihn verfolgende Schutzleute vermochten ihn nicht einzubremsen. Er zeigte sich, daß der Droschkentreiber in vorwärtsdrängender Gangart die äußerst lebhafteste Stelle vor dem Monopol-Hotel passierte und dabei einen Herrn überfahren hatte, der den Eingang zum Bahnhof Friedrichstraße gewinnen wollte. Der Verunglückte war der zu Friedrichshagen wohnhafte Schriftsteller Wilhelm Grothe. Er hatte verschiedene Rippenbrüche erlitten, nach eintägigem Krankenlager ist er seinen Verletzungen erlegen. Sowohl der Polizeileutnant wie die beiden Schutzleute hatten sich die Nummer der Droschke gemerkt und dadurch ist es gelungen, den Führer derselben in der Person des Angeklagten zu ermitteln. Im gerichtlichen Verfahren legte der Angeklagte sich aufs Weigern, er wisse von der ganzen Geschichte nichts, die Beamten müßten sich in der Nummer irren. Der Gerichtshof gewann durch die Beweisaufnahme die Überzeugung, daß der Angeklagte der Täter sei. Das Urteil lautete auf anderthalb Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

**Bestrafte Milchpächter.** Diejenige Bauernklugheit, welche sich in der Meinung ausdrückt, daß für die Berliner „alles gut genug“ ist, fand am Donnerstag durch ein Urteil der ersten Strafkammer am Landgericht II eine gebührende Zurückweisung. Vier Bauerntugendbesitzer aus Gladow bei Spandau, Wilhelm Schulze, Albert und Karl Barnemann und Wilhelm Marzahn, waren wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz angeklagt. Der in Berlin wohnhafte Milchpächter W. hatte von den vier Angeklagten die Milch für ein Jahr gepachtet, machte aber sehr bald schlimme Erfahrungen, die Berliner Polizei beschlagnahmte ihm schon im Frühjahr v. J. mehrere Male kurz hintereinander große Posten von Milch wegen Windergebalt. W. der sich einer realen Behandlung der Milch bewußt war, suchte den Fehler in der Quelle. Am 12. April v. J. begab er sich nach Gladow, holte sich den Gemeindevorsteher als Zeugen, und entnahm in dessen Weisung von der Pflanzung jedes einzelnen Bauern je eine Probe, unmittelbar darauf, als die Milch aus dem Kühlapparat kam, welchen die vier Pächteranten auf gemeinschaftliche Kosten gestellt hatten. Die entnommenen Proben wurden dem Gerichtschreiber Dr. Jeserich zur Untersuchung übergeben und dieser konstatierte, daß die Proben aus weniger als 7/8 Milch und mehr als 1/8 zugegebenen Wassers bestanden. Auf Grund dieses Gutachtens wurde gegen die 4 Pächteranten die Anklage wegen Lebensmittelverfälschung erhoben, das Spandauer Schöffengericht erkannte aber auf Freisprechung, weil ihm nicht genügend erwiesen erschien, daß die Angeklagten bei der Milchverfälschung mitgewirkt oder sonst Beihilfe geleistet hätten. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und die Strafkammer stellte durch die erneute Beweisaufnahme ein so gravierendes Resultat fest, daß sie gegen die vier Angeklagten auf je zwei Wochen Gefängnis und 300 Mark Geldbuße, eventuell noch 60 Tage Gefängnis und Publikation des Urteils im Ophavelländischen Kreisblatte erkannte.

**Mainz, 21. März.** Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde heute folgender Fall verhandelt. Angeklagt war der Redakteur Hans R. Fischer der Beleidigung des Polizeikommissars Sammersdorf, der seit einigen Monaten zur Disposition gestellt ist. Fischer hatte in einem Artikel der „Frankf. Ztg.“ geschrieben, welche Vorgänge dahin geführt hätten, das Sammersdorf, der unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes vom einfachen Schutzmann bis zum Kommissar aufgestiegen ist, seines Amtes enthoben wurde. Das Gericht ging nicht näher auf den Wahrheitsbeweis ein, weil zweifellos in formeller Beziehung eine Beleidigung des Klägers vorliege, und verurteilte Fischer zu 50 M. Geldstrafe und in die Kosten. Bemerkenswert ist, daß Sammersdorf von dem Leiter der Irrenanstalt Heppenheim als seit drei Jahren geisteskrank erklärt worden ist, und dabei konnte er bis vor einigen Monaten sein Amt weiterführen.

## Versammlungen.

**Zur Lohnbewegung der Schneider** fand am Mittwoch Abend abermals in Oratow's Bierhallen eine Versammlung statt. Der Saal war überfüllt, Tische und Stühle wurden hinausgeschoben, um 9 Uhr wurde das Lokal polizeilich abgesperrt, so daß hunderte von Personen wieder umkehren mußten. Kollege Timm gab ein Bild der augenblicklichen Stellung einiger kaufmännischer Geschäfte zu den bei ihnen beschäftigten Arbeitern, tabellarisch das Betragen des deutschen Post- und Telegraphenvereins, des Abzahlungsgeschäfts der Firma Weltmann, Pirschlag und Oppstein, sowie der Firma Adam und schloß mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß die Situation günstig ist. Stündlich liefen Mitteilungen über neue Bewilligungen ein.

Außer den bereits bekannt gegebenen Firmen haben weiter die Lohnsätze anerkannt und unterschrieben: Kraich, Altmöbde 17, Hermann Gerson, Kommandit- und Aktien-Gesellschaft, früher Kaiser, Wagar, Besckindl, Ranonierstraße 9, Franz, Marzgrafenstraße 79, Herrmann, Kurfürst. 61, Dantsiger, Jägerstr. 10, J. Kluge, Jerusalemstr. 18, Kund, Krausenstr. 30, Georg Witte, Marzgrafenstr. 51, Math. Schade, Zimmerstr. 63, R. Plutschewitz, Krausenstr. 45, Landsberger, Leipzigerstr. 73, S. Adam, Leipzigerstr. 103, Dröblich, Friedrichstr. 91/92. Kollegen aus Kiel verlangen Information wegen einiger hiesigen Firmen, die in Kiel Filialen errichtet haben und dort jedenfalls die Hauptproduktion hinzuverlegen gedenken. Die sehr ausgedehnte Debatte findet ihre Fortsetzung am Freitag Abend in Joel's Lokal. Alle gesperrten Geschäfte werden streng kontrolliert. Kontrollen werden abgeleitet. Wegen Mangel an Raum konnten gestern nur 4-6000 Streikarten ausgelegt werden.

**Eine gut besuchte Versammlung der in der Schneiderei beschäftigten Frauen** tagte am Dienstag bei Marten in der Friedrichstraße 296. Frau Zbrer, welche zu reservieren versprochen hatte, war am Erscheinen verhindert; dafür hielt Frau Emma Schulz einen oft mit lebhaften Beifallsbezeugungen aufgenommenen Vortrag über die Frage: „Welches Interesse haben die Frauen an der Lohnbewegung der Schneider?“ Kollege Timm machte einige Ausführungen über den anwesenden Herrn Wandsbürger, welche mit lauten Witzen unterbrochen wurden. Herr Wandsbürger versuchte zu widerlegen, verlor seinen bewilligten Lohnsatz und versprach dem Unwesen des Wahlgeldes zu steuern, indem er dem Zusammenholz die Wahlstelle schließen lasse. Einen feurigen Appell, ihre Männer anzuspornen, nicht eher zu ruhen, bis sie ihre gerechten Ansprüche erfüllt sehen, richteten die Kolleginnen Frau Wengels, Frau Palm und der Kollege Zäterow an die versammelten Frauen. Hiernach wurde die Liste derjenigen Firmen verlesen,

welche bereits die Tarife anerkannt haben. Mit einem dreifachen Hoch auf die Schneiderei schloß die Versammlung.

**Eine öffentliche Versammlung der Mitglieder der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen** (E. D. 26 in Offenbach a. M.) beschäftigte sich am 22. März mit der Schließung der Zahlstelle Berlin I durch den Zentralvorstand. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Einberufer und Leiter der Versammlung (der frühere Kassierer der Zahlstelle I, Brödel, bekannt, daß er die Verwaltungsbeamten der Zahlstellen II, III und IV ebenfalls zum Erscheinen eingeladen habe, es seien jedoch nur die Damen aus der Verwaltungsstelle III erschienen. Alle übrigen und auch der frühere Vorsitzende der Zahlstelle I, Herr Pappe, waren nicht anwesend. Der frühere Kassierer Mohrbach referierte und führte folgendes aus: Der gute Besuch der Versammlung beweist, daß die Mitglieder der Zahlstelle I sich nicht so ohne weiteres der Maßnahmen des Vorstandes gefallen lassen wollen. Hätten wirklich einige Verwaltungsbeamte statutarische Verstöße begangen, was er entschieden bestritt, dann dürften doch nicht die 350 Mitglieder darunter leiden. Der Redner gab nun ein übersichtliches Bild der Vorgänge innerhalb der Zahlstelle I seit Juli 1892, wo die Streikaktionen damit begonnen hätten, daß dem Ortsvorsitzenden der Zahlstelle I Pappe und der Ortsvorsitzenden der Zahlstelle II Frau Luß Vorwürfe bezüglich der Erlangung ihrer Mandate zur Generalversammlung gemacht wurden. Die Verwaltungsbeamten der Zahlstelle I verlangten von Pappe energisch das Vorlegen bestimmter Briefe des Zentralvorstandes, welchem Drängen er jedoch nicht nachgab und die Briefe als sein Privatgeheimnis erklärte. Selbst dann, als die übrigen Verwaltungsbeamten sich Beschwerde führend an den Zentralvorstand in Offenbach wendeten und er die bezügliche Weisung erhielt, beharrte er bei seiner Weigerung. Daraufhin legten sämtliche Verwaltungsbeamten der Zahlstelle I ihre Ämter nieder. Eine Mitgliederversammlung sprach Pappe das Vertrauen ab und forderte von ihm Niederlegung seines Amtes, welcher Hinderung er sich schließlich auch fügte. Der Zentralvorstand nahm wohl die Amtsniederlegung aller übrigen, nicht aber die des Herrn Pappe an und schrie, wenn das nicht geschehe, der möge aus der Kasse ausscheiden. Eine Mitgliederversammlung, die zwecks Neuwahl veranstaltet war, sprach Pappe wiederum und mit großer Majorität ein für alle Mal das Vertrauen ab, in der Arbeiterbewegung ein Ehrenamt zu bekleiden, und wählte einen neuen Vorsitzenden und einige neue Beamte in die Verwaltung der Zahlstelle I, diese Wahl bestätigte der Zentralvorstand jedoch wieder nicht. Am 26. Oktober erschien in einer neuen Wahlenversammlung der Ausschussvorsitzende Kisting aus Braunshweig, der aber, statt zu schlüpfen, nur noch mehr Öl ins Feuer gegossen habe, indem er zu einseitig für Pappe eingetreten sei. Die Mitglieder waren der Zänkereien endlich müde und darum sei auch die damalige Verwaltung schwach besucht gewesen. Pappe erhielt einfache Majorität, hatte aber zwei Kandidaten gegen sich, und die Versammlung verlangte eine Stichwahl, die jedoch Kisting für nicht statutengemäß erklärte, weshalb er Pappe als Vorsitzenden proklamieren mußte. Eines angeleglichen Formfehlers wegen erfolgte auch jetzt wiederum keine Bestätigung des neuen Verwaltungskörpers, sondern der Zentralvorstand beauftragte die Herren Pappe und Brödel mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte bis zu einer weiteren Neuwahl. Die letzte Versammlung am 8. Februar lehnte eine Neuwahl ab und verlangte die Bestätigung der von ihr gewählten und ihr vollstes Vertrauen besitzenden Beamten. Am 12. März kam der Zentralvorsitzende Rudolf Schulze von Offenbach nach Berlin und nahm dem bisherigen Kassierer Brödel die Geschäfte ab. Statt nun eine Versammlung der Zahlstelle I einzuberufen und selbst augenscheinlich sich von der Stimmung der Mitglieder gegen Pappe zu überzeugen, hielt er eine Versammlung der Zahlstelle II ab, die nur von 10 Personen besucht war und der von ihm vertretenen Ansicht, die Zahlstelle II sei aufzulösen, zustimmte, und reißt darauf wieder ab. Am 17. März erhielten nun die meisten Mitglieder der Zahlstelle I eine Paletfabrikarte folgenden Inhalts: Den Mitgliedern der Verwaltungsstelle Berlin I zur Nachricht, daß der Ausschuss im Einverständnis mit dem Zentralvorstande die örtliche Verwaltungsstelle Berlin I mit Wirkung vom 1. März d. J. aufgelöst hat. Die Mitglieder werden ersucht, Zahlungen ihrer Beiträge, Krankmeldungen und die Empfangnahme der sämtlichen Krankentente nur bei Frau Bertha Luß, Fülltammerstraße 7, vorzunehmen zu wollen. Der Grund dieser Maßregel ist die seit Juli 1892 bestehende und bis heute fortgesetzte Weigerung des größten Teiles der Orts-Vorstands-Mitglieder, die alle gütlichen Wege, die der Zentral-Vorstand zu einer Verständigung vorschlug, zu nichte zu machen wußten. Diese Personen hatten nicht das Interesse der Mitglieder, sondern nur ihr persönliches im Auge; fälsch angebrachter Ehrgeiz war deren Triebfeder in allen Handlungen betreffs der Kasse. Sie scheuten sich nicht zu wiederholten Malen den Vorstand bei der Aufsichtsbehörde in Offenbach zu verklagen. Die Aufsichtsbehörde hat diese Beschwerde geizig abgewiesen. Wie groß das Interesse dieser Herren und Damen für die Mitglieder ist, mögen dies daran erkennen, daß der Ortskassierer die Absicht äußerte, am 5. März keine Krankentente auszugeben, um so die kranken Mitglieder zur Lage gegen den Zentralvorstand zu zwingen. J. A.: folgen die Unterschriften. — Der Referent protestierte lebhaft gegen diese mit offenen Karten ausgeprägten Verdächtigungen, besonders, daß alle Verwaltungsbeamten außer dem Vorsitzenden und dem Kassierer ihre Ämter ohne jede Entschädigung verwalteten, während der Zentralvorsitzende, der gut besoldet werde, zu glauben scheine, die Kasse sei nur seinetwegen da. Dem Klagenwesen innerhalb der Kasse müsse entschieden ein Ende gemacht werden. (Lebhafte Zustimmung.) Bildbauer Winkler schließt sich der Meinung Mohrbach's vollständig an. Auch er gab den Mitgliedern den Rath, nicht auszuweichen, sondern bei ihrem Rechte zu verharren und die Wiedereröffnung der Zahlstelle zu verlangen. Tschler Brödel erklärte, der Zentralvorstand habe ihm ausgeben, seine Geschäfte bis zum 11. März an Frau Luß abzutreten, trotzdem sei bereits am 8. März seitens des Zentralvorstandes Klage gegen ihn erhoben worden; doch konnte er im Termin am 19. März durch Quittung beweisen, daß er am 12. März alles an den Zentralvorsitzenden ausgehändigt habe. Er sehe weiteren Schritten mit Ruhe entgegen. Pappe gehe jetzt mit der Absicht um, eine neue Zahlstelle zu errichten, würde wohl aber kaum die nötigen 20 Mitglieder zusammenbekommen. Der Redner ersuchte um Annahme nachstehender Resolution: Die am 22. März in Hoffmann's Sälen, Odenienstraße 180, tagende Versammlung von Mitgliedern der Offenbacher Frauenkassier erklärt das am 17. März verfaßte Zirkular des Zentralvorstandes, welches neben Mitteilung der Schließung der Verwaltungsstelle I die größten Beleidigungen und Verleumdungen der bisherigen Beamten enthält, als ein des Verwaltungskörpers eines Arbeiter-Instituts unwürdiges Machwerk. In Ermangelung sachlicher statutarischer Gründe, welche diese Auflösung rechtfertigen könnten, werden die von den Mitgliedern gewählten und ihr vollstes Vertrauen besitzenden Ortsbeamten berathenwürdig versucht. Die Mitglieder beschließen deshalb, die Angelegenheit zur prinzipiellen Entscheidung zu bringen und gegen den Zentralvorstand und Ausschuss bei den zuständigen Behörden beschwerdeführend vorzugehen. (Unterzeichnet von 5 Mitgliedern.) Die einstimmige Annahme der Resolution war das Resultat der längeren Verhandlungen. Da der Bereich der Zahlstelle I außer der Louisenstadt und der Hasenhäide sich auch auf Stralau und Nimmelsburg erstreckt, forderte die Versammlung durch einstimmige Annahme einer weiteren Resolution die Verwaltung der Zahlstelle II auf, bis zum endgültigen Austrage der Streiksache zur Bequemlichkeit der Mitglieder und im Interesse der Kasse die bisherigen Beitrag-Sammelstellen bei Frau Walter,

Wasserhorststr. 49, 2 Tr., bei Frau Meyer, Kalkhofstraße 59, Quergeb. 2 Tr., und bei Frau Brödel, Mantelstraße 49, Hof 4 Tr., wieder zu eröffnen. Mit dem weiteren Schritte in der Angelegenheit wurde das Bureau der Versammlung bekrant. Zum Schluß eruchte Mohrbach, nicht mit den Beleidigten im Rückstand zu bleiben und damit dem Vorstand Gelegenheit zum Ausschluß der Säumigen zu geben.

**Eine öffentliche Versammlung der in der Getreidebranche beschäftigten Arbeiter** tagte am vergangenen Sonntag. Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Koopmann über den Nutzen der Gewerkschaft wurde eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen des Redners einverstanden erklärte und die nichtorganisierten Arbeiter aufforderte, dem bestehenden Fachverein beizutreten. Hiernach wählte die Versammlung zum Vertrauensmann den Kollegen Leeg und zu Mitgliedern der Bohntommission die Kollegen Otto, Timm und Hammel. Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Getreide-Arbeiter forderte der Kollege Sauer einiges interessante Material zu Tage. Trotz des im Jahre 1873 ausgefertigten Tarifs werde den Arbeitern der darin festgesetzte Lohn nicht voll ausgezahlt, vielmehr wählten die Unternehmer ihren Arbeitern zwei bis drei Fünftel von denselben abzugucken. Auch über Manipulationen, welche mit verdoebenen Getreide vorgenommen würden, wußte der Redner verschiedenes mitzutheilen. Der Kollege Otto ergänzte diese Mittheilungen. Nach demselben sei früher von jeder Kahnladung der Polizei ein versiegelter Beutel zur Untersuchung überwiesen worden, jedoch geschehe dies gegenwärtig nicht mehr. Bezüglich des vom Kollegen Minch der Versammlung verlesenen Bohntarifs wurde folgende Resolution angenommen, welche der Berliner Kaufmannschaft zur Kenntlichnahme unterbreitet werden soll:

„In anbetragt der traurigen Löhne in unserer Branche, die zu der übermäßigen Ausnutzung unserer Körperkraft in gar keinem Verhältnis stehen, richtet die Versammlung an die Berliner Kaufmannschaft den Appell, nach Kräften auf die Unternehmer der Getreidebranche dahin einzuwirken, daß der im Jahre 1873 geschaffene und von der Kaufmannschaft anerkannte Tarif auch ferner hochgehalten werde.“

Ueber den Erfolg dieser Resolution soll demnächst in einer öffentlichen Versammlung berichtet werden. Der Kollege Bentler theilte mit, daß der Unternehmer R. im Oktober einen Mann aus der Arbeit entlassen habe, weil derselbe in anbetragt, daß tausende Arbeiter brüellos waren, sich weigerte, Sonntags zu arbeiten. Dieser Herr sei übrigens derselbe, welcher im Vorjahre versäumt habe, seine Arbeiter zur Krankenversicherung anzumelden, so daß die Polizei auf Grund einer in öffentlicher Versammlung gesuchten Mittheilung ihn erst zur Erfüllung seiner Pflicht habe anhalten müssen. Nach einem Schlusswort des Genossen Thierbach erhoben sich die Versammelten zu Ehren der geschehenen Freiheitskämpfer von ihren Plätzen und gingen mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

**Die Freie Vereinigung der Getreidebrenner** sendet und eine Berichtigung zu ihrem letzten Versammlungsbericht, nach welcher das Verhalten des Delegierten der Vereinigung zur Streik-Kontrollkommission, und nicht das Verhalten der Kommission selber als zu lau von dem Kollegen Bentler getadelt wurde. Außerdem hat Bentler zur regen Agitation aufgefordert.

**In der Arbeiter-Bildungsschule** hielt am 14. März Herr Dr. Fischer einen interessanten und von den Versammelten mit regem Interesse verfolgten Vortrag über Verbrechen und Geisteskrankheit.

**Arbeiter-Bildungsschule.** In einer am 19. März abgehaltenen, hart besuchten Versammlung der Nord-Schule hielt der Schüler Wilh. Baumann einen fünfviertelstündigen Vortrags über Optimismus und Pessimismus, der eine sehr lebhafteste Diskussion hervorrief. In die Versammlung schloß sich ein gefälliges Beisammensein mit deklamatorischen Vorträgen, welches die Anwesenden noch lange zusammenhielt.

**Der Arbeiterverein für Nimmelsburg und Umgegend** hatte zum 22. März eine öffentliche Versammlung veranstaltet, die von etwa 300 Personen aus allen Gesellschaftsschichten besucht war. Der Genosse Vogtberg sprach über das Thema: Der Volksschul-Unterricht und die Erziehungsleiter und legte dar, daß trotz aller Klammern der Glaubens- und Gewissensfreiheit, welche das Allgemeine Landrecht jedem Bürger zusichere, von einer solchen, vor Allem soweit die „unteren“ Klassen der Gesellschaft in Frage kämen, tatsächlich nicht die Rede sein könne. Der Redner ging zur Beweisführung für seine Darlegungen auf den Volksschul-Unterricht ein und wies nach, daß es den Dissidenten schwer, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird, ihren Kindern eine Erziehung ohne Religion zu geben. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages richtete der Redner an die Anwesenden den Appell, trotz aller Hindernisse nicht nur für religiöse Freiheit einzutreten, sondern auch der Sozialdemokratie immer neue Anhänger zuzuführen. In der Debatte beteiligten sich die Genossen Rosenkrantz, Weigel, Müller, Deutschmann und Sanger. Der Vorsitzende Thielicke verlas ein Antisemitismus-Erkenntnis, welches die Weigerung des Genossen Rosenkrantz betrafte, seine Kinder am Religionsunterricht theilnehmen zu lassen. Rosenkrantz ist zu zwei Mark Geldstrafe event. zwei Tagen Haft verurtheilt worden, und zwar wegen Uebertretung der Regierungsverordnung vom 12. Juli 1869. Der Genosse erklärte, daß er sich nicht mit dem Erkenntnis zufrieden geben, sondern weiter gehen wolle. Ihm seien übrigens schon 11 neue Strafmandate zugesandt worden. Des ferneren wurde in der Versammlung der unwillkürlichen Agitation rühmend gedacht, welche der Pastor Schläger für die Sozialdemokratie entfaltet. Zum Schluß theilte Weigel im Namen der ernannten Untersuchungskommission mit, daß der Genosse Schent unrichtiger Weise in den Bericht der Polizeispylonage gekommen ist. Schent sei auch hinfort als guter Genosse anzuerkennen.

**In der öffentlichen Versammlung der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter**, welche am 20. März stattfand, wurde, nachdem der 1848 gefallenen Freiheitskämpfer ehrend gedacht worden war, der Bericht über den Vorschlag des Magistrats-Rathes Dr. Freund betreffend den öffentlichen Arbeitsnachweis entgegengenommen. Befremden und heftigen Tadel erregte das Verhalten des bisherigen Delegierten zur Streik-Kontrollkommission. Derselbe ging nämlich zu Aller Erstaunen aus der Versammlung mit der Erklärung fort, daß er keinen Bericht erstatten wolle. Getadelt wurde auch, daß der Kollege Mühl, wie berichtet wurde, vom Besuch der Versammlung abgerathen habe. Ferner sollte in der Angelegenheit des Kollegen Geyer berathen werden, derselbe verließ aber den Saal, ohne sich gerechtfertigt zu haben. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß am 18. April Bergstr. 12 eine Mitgliederversammlung und am 24. April eine öffentliche Versammlung stattfindet.

**Der allgemeine deutsche Tapezierer-Verein**, Filiale Berlin, hatte am 21. März eine Versammlung in welcher Kollege Friedmeier eine Vorlesung aus der „Neuen Zeit“ über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland hielt. Derselbe wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion entspann sich die alte Debatte, ob Zentral- oder Lokalorganisation. An derselben beteiligten sich Dembowski, Wachsen, Mostopf, Ueffen, Schmidt und Gorb. Zu Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, daß am 23. April eine öffentliche Versammlung mit Frauen stattfindet, welcher ein gemüthliches Beisammensein folgen soll. Ferner wurden wieder Klagen geführt über schlechte Verhältnisse



auf der Heberge. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, hierin Wandel zu schaffen und eventuell bei vorgefundenen Mängeln in sanitärer Beziehung die Sache der Arbeiter-Sanitätskommission zu übergeben. Ferner wurden die Mitglieder aufgefordert, in den nächsten Versammlungen pünktlicher zu erscheinen. Die nächste Vereinsversammlung findet am 17. April statt.

Eine öffentliche Versammlung der in der Firmenschilder-Branche beschäftigten Arbeiter fand am 19. März statt. Genosse Seidel hielt in derselben einen interessanten Vortrag über das Thema: „Gleiches Recht“. Eine Diskussion fand nicht statt. Die auf die Tagesordnung gestellte Frage: Wie stellen sich die Schriftsetzer zur Organisation? wurde fallen gelassen, nachdem der Antragsteller erklärt hatte, daß er diesen Gegenstand nur auf Wunsch einiger leider nicht in der Versammlung anwesenden Schriftsetzer zur Erörterung gestellt habe. Die Kollegen Bertram und Neumann verurteilten den Rathlosigkeit der Schriftsetzer und deren geringschätzendes Urtheil über die ungelerten Arbeiter. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Die Lektoren hatten am 13. d. M. eine Versammlung, in welcher zunächst der Vorstand Bericht erstattete. Danach ist der Bestand in den verschiedenen Quartalen sich ziemlich gleich geblieben; die Organisation zählt gegenwärtig 87 zahlende Mitglieder. Die entsaltete Agitation hat insofern ein günstiges Resultat gehabt, als die Blechladierer sich zum Anschluß bereit erklärt haben. Die Versammlung war mit der Thätigkeit des Vorstandes zufrieden; sie mißbilligte jedoch in der erlassenen Anzeige den Zusatz „Mitgliedsbuch legitimirt“, dadurch hätten sich viele Kollegen insbesondere die Blechladierer vom Besuch der Versammlung abhalten lassen. Ein Antrag, deswegen die Vorstandswahl zu vertagen, wurde jedoch abgelehnt. Die vorgenommene Wahl hatte folgendes Resultat: Zum Bevollmächtigten wurde Schüpfer gewählt, zum Kassierer Barndt, zum Schriftführer Quaid, zu Revisoren Kunsmann und Leben, zu Revisoren Kolaschinsky und Nautenberg. Der von der Arbeitsnachweis-Kommission erstattete Bericht lautete nicht sehr günstig, es konnten nur 80 Stellen besetzt werden. Aus der Bibliothek wurden 15 Bücher entliehen; die Kollegen wurden aufgefordert, dieselbe fleißiger zu benutzen. Die Wahl von Arbeitsvermittlern unterließ, da die Mehrzahl der Kollegen der Ansicht war, daß der Maler-Arbeitsnachweis mit dem der Lektoren vereinigt werden müsse. Zum Schluß wurde zu dem am 6. Mai stattfindenden Stiftungsfest ein Komitee gewählt, welches aus den Kollegen Linde, Stiegmann, Warnke, Schüpfer und Kunsmann besteht.

In Friedrichshagen hielt der Arbeiter-Bildungsverein am Sonntag eine Versammlung ab. Dr. Pinn sprach in feindseliger Weise über die Märztage des Jahres 1848 und erntete für seinen Vortrag reichen Beifall. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Hierauf wählte die Versammlung den Genossen Brettk zum Vorstehenden wieder. Fellenberg gab bekannt, daß am Sonntag, den 26. März, eine Agitationspartie stattfindet und riefte an die Genossen die Aufforderung, sich Morgens 7 Uhr im Vereinslokal zu versammeln. Das Ziel werde dieselbst bekannt gegeben. Preiß machte zum Schluß noch auf das am ersten Feiertage stattfindende Vereinsvergügen aufmerksam.

Konkurrenz-Verein „Solidarität“. Am Freitag, den 26. März, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schönbach, Annenstr. 16. Vortrag des Kollegen Otto Schick.

Arbeiter-Bildungsverein. Freitag, Abends von 8-10 Uhr: S. B. Schule, Gabelsbergerstr. 49; Unterricht in doppelter Buchführung und Rechnen. S. B. Schule, Gabelsbergerstr. 49; Unterricht in Buchführung und mathematischer Geographie. S. B. Schule, Markstraße Nr. 21; Unterricht in Geschichte (Lehr). S. B. Schule, Markstraße Nr. 170; Unterricht in Physiologie, Rechnen. In allen Unterrichtsstunden, mit Ausnahme Nachmittags und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch Juch im Laufe des Semesters, eintreten.

Fests- und Diskussionsabende. Freitag, Karl Marx, Abends 8 Uhr, bei Wucher, Wartenbergstr. 6. - Wochentag, bei W. Werner, Wollweberstr. 46. - Sonntag, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Peterson, Weinmannstr. 22. - Besprechung und Diskussionsabend Otto Reimer, Abends 8 Uhr, Wilhelmshagenstr. 23 bei Kuba.

Arbeiter-Vereinigung des Vereins und Umgegend. Alle Änderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an Friedrich Korum, Wartenbergstr. 70. Freitag, Besprechung Abends 8 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserstr. 48, bei Wucher. - Samstag, 1. d. M., bei Wucher. - Sonntag, 2. d. M., bei Wucher. - Montag, 3. d. M., bei Wucher. - Dienstag, 4. d. M., bei Wucher. - Mittwoch, 5. d. M., bei Wucher. - Donnerstag, 6. d. M., bei Wucher. - Freitag, 7. d. M., bei Wucher. - Samstag, 8. d. M., bei Wucher. - Sonntag, 9. d. M., bei Wucher. - Montag, 10. d. M., bei Wucher. - Dienstag, 11. d. M., bei Wucher. - Mittwoch, 12. d. M., bei Wucher. - Donnerstag, 13. d. M., bei Wucher. - Freitag, 14. d. M., bei Wucher. - Samstag, 15. d. M., bei Wucher. - Sonntag, 16. d. M., bei Wucher. - Montag, 17. d. M., bei Wucher. - Dienstag, 18. d. M., bei Wucher. - Mittwoch, 19. d. M., bei Wucher. - Donnerstag, 20. d. M., bei Wucher. - Freitag, 21. d. M., bei Wucher. - Samstag, 22. d. M., bei Wucher. - Sonntag, 23. d. M., bei Wucher. - Montag, 24. d. M., bei Wucher. - Dienstag, 25. d. M., bei Wucher. - Mittwoch, 26. d. M., bei Wucher. - Donnerstag, 27. d. M., bei Wucher. - Freitag, 28. d. M., bei Wucher. - Samstag, 29. d. M., bei Wucher. - Sonntag, 30. d. M., bei Wucher. - Montag, 31. d. M., bei Wucher.

Arbeiter-Vereinigung des Vereins und Umgegend. Alle Änderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an Friedrich Korum, Wartenbergstr. 70. Freitag, Besprechung Abends 8 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserstr. 48, bei Wucher. - Samstag, 1. d. M., bei Wucher. - Sonntag, 2. d. M., bei Wucher. - Montag, 3. d. M., bei Wucher. - Dienstag, 4. d. M., bei Wucher. - Mittwoch, 5. d. M., bei Wucher. - Donnerstag, 6. d. M., bei Wucher. - Freitag, 7. d. M., bei Wucher. - Samstag, 8. d. M., bei Wucher. - Sonntag, 9. d. M., bei Wucher. - Montag, 10. d. M., bei Wucher. - Dienstag, 11. d. M., bei Wucher. - Mittwoch, 12. d. M., bei Wucher. - Donnerstag, 13. d. M., bei Wucher. - Freitag, 14. d. M., bei Wucher. - Samstag, 15. d. M., bei Wucher. - Sonntag, 16. d. M., bei Wucher. - Montag, 17. d. M., bei Wucher. - Dienstag, 18. d. M., bei Wucher. - Mittwoch, 19. d. M., bei Wucher. - Donnerstag, 20. d. M., bei Wucher. - Freitag, 21. d. M., bei Wucher. - Samstag, 22. d. M., bei Wucher. - Sonntag, 23. d. M., bei Wucher. - Montag, 24. d. M., bei Wucher. - Dienstag, 25. d. M., bei Wucher. - Mittwoch, 26. d. M., bei Wucher. - Donnerstag, 27. d. M., bei Wucher. - Freitag, 28. d. M., bei Wucher. - Samstag, 29. d. M., bei Wucher. - Sonntag, 30. d. M., bei Wucher. - Montag, 31. d. M., bei Wucher.

Oranienstr. 123 p. - Geselliger Arbeiterverein Grapdia, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schönbach, Annenstr. 16. Vortrag des Kollegen Otto Schick.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome

### Vermischtes.

Wie Zustimmungserklärungen zu der im Volke und namentlich auch auf dem Lande nichts weniger als populären Militärvorlage gemacht werden, beschreibt der „Schwab. Tagwacht“ ein Leser auf den Fildern wie folgt: In den letzten Wochen sind die Bewohner der Fildern, vom Großbauern bis herab zum einfachen Arbeiter und Tagelöhner, von den „großen Herren“ aus der Stadt, die sonst nur von den „dummen Bauern“ reden und bei jeder Gelegenheit in der Stadt ihren Spott über dieselben zu ergießen belieben, mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht worden. Das hat natürlich seinen guten Grund: sie fürchten, es könne bald eine Neuwahl für den Reichstag geben und da müssen wir Bauern doch bei Zeiten unterrichtet werden, was die Deutsche Partei und ihre Vertreter in unserem Interesse alles geleistet haben. Das ist freilich herzlich wenig, und bei dem Wenigen fragt es sich noch sehr, ob es wirklich zum Vortheil für den Bauernstand ist. Interessant ist aber namentlich, wie man Stimmung auf dem Lande für die Militärvorlage macht. Da kommen an einem Sonntag ein, zwei, drei oder auch mehr Duzend Personen per Ertragung mit der Filderbahn oder per Chaisen im Orte an und halten im „ersten“ Gasthaus, wo gewöhnlich die „Honoratioren“ der Gemeinde verkehren, Einkehr. Nachdem sich die deutschparteilichen Agitatoren, unter denen sich Professoren und Schneidermeister, Millionäre, Fabrikanten, Privatiers, Kauf- und andere Leute befinden, ordentlich gefürcht haben, geht's zur „Versammlung“. Inzwischen sind auch der Herr Schultheiß, der, wie sich das für einen „unparteilichen“ Ortsvorstand geziemt, den Vorsitz in der deutschparteilichen Versammlung übernimmt, weiter der Herr Gemeindefreier, der Herr Pfarrer, vielleicht auch der Schullehrer und wenn's gut geht ein halbes Duzend Groß- und ein paar Kleinbauern aus der Umgegend erschienen, der kleine Saal ist bald gefüllt und nun kann's losgehen. Nachdem der Herr Schultheiß die so „zahlreich“ Erschienenen bewillkommen, eröffnet Herr Ed. Elben vom „Schwäbischen Merkur“ den Reigen. Als alter Artillerist schwärmt er erklärlicher Weise besonders für diese Waffengattung, und wenn er auch anfangs etwas weniger, als die Regierung verlangt, bewilligen wollte, so hat er als echter Nationalliberaler doch bald erkannt, daß er stets und ohne ernstliche Widerrede dazu zu bewilligen habe, was die Regierung fordert. Nur so bleibt er der seitberigen Gesplogtheit der nationalliberalen Partei treu. Seine treffliche Rede findet natürlich - mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokraten - den Beifall der ganzen Versammlung, insbesondere der zahlreichen von Stuttgart mitgekommenen Freunde, die schon ungefähr ein Duzend Mal in ähnlichen Versammlungen für die Regierungsvorlage votirt haben. Es taucht auch bereits der Gedanke auf, Herrn Siegle, den Abgeordneten des ersten Reichstags-Wahlkreises, von der „ausgezeichneten, von echt deutschem Geist durchwehten Stimmung“, welche in der Versammlung herrscht, telegraphisch zu benachrichtigen mit der Bitte, er möge energisch für die Bewilligung der Regierungsvorlage eintreten. Als zweiter Redner tritt der Herr Pfarrer vom Orte auf. Ein frohliges Grinsen überkommt die Zuhörer, als er mit drastischen Worten und Gebarden erzählt, wie schrecklich die Franzosen ums Jahr 1796 auf den Fildern gehaust hätten. Eine alte, in Schweinsleder gebundene und im Pfarrhause aufbewahrte Chronik sei ein klassischer Zeuge dafür. Ja, die damalige Frau Pfarrerin - Gott hab' sie selig! - sei beim Anblick der Franzosen so sehr erschrocken, daß sie an den Folgen der Aufregung gestorben sei. Dieser Umstand allein dürfte einen vollgiltigen Beweis für die Nothwendigkeit der Heeresvermehrung im Sinne der Regierungsvorlage abgeben. Hat der Herr Pfarrer so seine Sympathie für die Militärvorlage zum Ausdruck gebracht, so lenkt er am Schluß seiner Rede sogar noch ein wenig in oppositionelle Fahrwasser ein, indem er auf die Zwischenrufe der anwesenden Sozialdemokraten hin sein lebhaftes Bedauern über die grausamen Soldatenmishandlungen auspricht - falls solche „wirklich“ vorgekommen wären. Sein Partigenosse Elben belehrt ihn aber sofort, daß gegen die Soldatenshinderer bereits „energisch“ eingeschritten worden sei. Wenn sie nicht aufgehört haben, so kann Herr Elben freilich nichts dafür, denn diese Vorkommnisse haben ihre Ursache in unserem ganzen heutigen Militärsystem, dieses aber muß von einem echten Nationalliberalen unter allen Umständen hochgehalten werden. Nun tritt in der Versammlung eine kleine Pause ein, während welcher die Herren die verbläffende Entdeckung machen, daß die anwesenden Sozialdemokraten fast lauter gebiende Soldaten sind. Ein reicher „Bengeter“ (Weingärtner) aus Stuttgart erklärt, daß er seinen einzigen Sohn gern zum Militär gebe, obwohl er ihn gut brauchen könnte, wogegen ein Bauer bemerkt, sein Vater habe seine vier Söhne nur ungern einrücken sehen, weil es ihm an den Mitteln gefehlt habe und weil die Selbstmorde aus „unbekannten Gründen“ beim Militär so zahlreich seien. Endlich hält noch der unvermeidliche Herr Schultheiß einer benachbarten Ortlichkeit, der bei solchen Gelegenheiten nie fehlt, eine gewürzte sossige Bauernrede, und wenn auch die Bauern selbst mit ihrem Beifall lachen, so klatschen die Herren aus der Residenz nur um so mehr. Nachdem noch ein deutschparteilicher Schneidermeister aus der Stadt den Bauern erzählt hat, wie schwer er bei oder trotz seiner Wohlthätigkeit zu arbeiten habe, wie zufrieden seine Gfellen seien und welche hohe Löhne sie erhalten, ist der offizielle Theil der Bauern-Agitationsversammlung beendet und Herr Elben konstatirt mit großer Befriedigung, daß die Stimmung auf dem Lande überall eine „sehr gute“ sei. - Auf welche Weise die vielen Millionen für die Heeresvermehrung beigetragen werden sollen, wird den Bauern allerdings nicht gesagt, sie werden's später schon spüren. Die Hauptsache ist vorerst, daß Herr Siegle unterrichtet wird,

daß wir mehr Soldaten haben wollen, die neuen Steuern für das arbeitende Volk werden dann schon von selber kommen. - Inzwischen ist es Abend geworden. Sechs Droschken stehen am „Fischchen“ bereit, die deutschparteilichen Agitatoren nebst dem jährlichen Gefolge in die schwäbische Hauptstadt zurück zu bringen.

In der Eifel ist, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, ein Kohlenflöz entdeckt worden, das nach dem Oberberggrath Dr. Diesterweg aus demontischer Anthracitkohle besteht, welche auch Schwefelkies führt. Derartige Kohle ist bisher in England abgebaut, aber in Deutschland noch nicht gefunden worden.

Feldzug. Auf der Eisenbahnstrecke Bietzen-Bitten fürzten 2000 Kubikmeter Fels auf das Geleise, als ein Güterzug passierte. Die Lokomotive und 12 Rollwagen wurden total zertrümmert, ein Dreifacher schwer verletzt.

### Literarisches.

Geise's sozialistische Kouplets. „Der Zukunftsstaat.“ „Mein Heimathland.“ „Wann wird's anders?“ u. s. w. Der neue Handb. d. Wochenschrift für Naturgeschichte. Redaktion von Dr. med. Regner in Chemnitz. J. Gräfe u. S. Ruhmann, Dresden. (Probenummer.) Vierteljahr 1 Mark.

### Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.) Mainz, 23. März. Nachdem in einer gestern stattgehabten Versammlung der Bierbrauer der Streik beschlossen worden war, ist heute in vier größeren Stadtbetrieben die Arbeit eingestellt worden. Püttlich, 23. März. Das Schwurgericht verurtheilte heute die Anarchisten Petit und Cybers wegen Ermordung des Rentiers Fresart zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

### Briefkasten der Redaktion.

2. Magdeburg. Das Turnen ist keine „öffentliche Angelegenheit“; Turnvereine fallen also nicht unter das Vereinsgesetz, soweit es Vereine betrifft, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen. Vor 70 oder 80 Jahren wurden die Turner freilich als Demagogen verfolgt, aber seitdem sind die Zeiten andere geworden - und die Turner auch. R. S., Tabalarbeiter. Verwechseln Sie nicht den „Vorwärts“ mit der „Staatsbürger-Zeitung“? 166. Der Wirth ist nach § 4 Jhres Miethsvertrages im Recht. L. Capen. Der Arbeitgeber ist im Unrecht: unklar bleibt nach Ihrer Darstellung, wie er dazu kommen kann, Kranken- und Invalidenbeiträge Ihnen abzuziehen, während Sie drei Monate keine Arbeit hatten. Wann hat ein Abzug, wann haben Lohnabzügen stattgefunden? Wann bestand das Arbeitsverhältnis? 100. Vielleicht sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr vor; die Anfrage ist nicht ganz verständlich. C. Sch. Im Laufe des 15. (auch am Abend) kann der Schlafbusse kündigen. M. W. Wenn der Arbeitgeber Grund zur sofortigen Aufkündigung hatte, so steht dem Arbeiter kein Recht auf Lohn u. s. w. zu. Die Gründe zur sofortigen Entlassung sind in § 123 Gewerbeordnung aufgeführt. Es sind im Wesentlichen folgende: 1. Hintergehen bei Abschluß des Arbeitsvertrages; 2. Diebstahl, Betrug, Unterschlagung, Entwendung, lächerlicher Lebenswandel des Gehilfen; 3. Unbefugtes Verlassen der Arbeit oder beharrliche Verweigerung, Arbeitsvertragspflichten zu erfüllen; 4. unvorsichtiges Umgehen mit Feuer und Licht trotz Verwarnung; 5. Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen gegen Arbeitgeber, oder gegen dessen Vertreter, oder gegen deren Familienangehörige; 6. Sachbeschädigungen zum Nachtheile des Arbeitgebers oder eines Mitarbeiters; 7. Verleitung zu Unthätigkeiten; 8. Unfähigkeit zur Fortsetzung der Arbeit oder Leiden an einer abschreckenden Krankheit. Nur im Falle 8 kann unter Umständen dem Arbeiter ein Recht auf Entschädigung zusehen. W. A. „Sächsisches Volksblatt“ in Zwickau, Redakteur W. Trogis. G., Steindruck. Ihr Gedicht ist gewiß als nicht verwendbar in den Papierkorb gewandert. Vorstand der Gehilfenschaft altdeutscher Barbiers und Friseure. Bringen Sie doch einen Bericht, der die angeblich falschen Mittheilungen der Arbeiter-Sanitätskommission thatsächlich richtig stellt. R. S. Kommen Sie in den Stunden von 2-7 nach der Redaktion. D. E. Dissidenten haben das Recht, ihre Kinder nicht konfirmiren zu lassen, auch wenn das Kind getauft ist. Gegen dies Recht und das weitere, ihre Kinder vom Religionsunterricht befreien zu lassen, versuchen jetzt verschiedene Behörden allerlei. - Das Recht ist durch die Verfassung garantirt. C. A., Marienburgerstraße. Wenn Ihr sechsjähriges Kind beim Kreieren eine Scheibe zerbricht, so werden Sie gut thun, die Scheibe zu bezahlen. E. L. 20. Das Grundstück muß von den Erben verkauft werden. Vielleicht sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr vor. G. A., Moabit. Keine der beiden Forderungen ist verjähr. Abonnent S. S. Die innerhalb der letzten sechs Monate vor gerichtlichem Widerruf gemachten Geschenke müssen zurückgegeben werden, spätere Geschenke nicht.

### Briefkasten der Expedition.

C. P. in Fr. Gegen Einsendung von 3,50 M. R. A. 100. Ein Abonnement nach Amerika kostet pro Monat 3 M.

### Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reiches Lager von ca. 1000 Sommer-Valenoten, 2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, Westen u. Ferner Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Wäsche, Stiefel, Hüte, Reise-u. Holzschiff, Waschkessel u. Sämmtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

### A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewaarenhändler, 3768L. 127 Staligerstraße 127. Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt. Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. Frdl. Schlafli, verm. Schützenstr. 31, I. Aufgang, IV. 1994B

Der in unbekannter Abwesenheit lebende Tischergeselle 2002b

### Robert Heseler

wird hierdurch aufgefordert, behufs Abhebung der von seiner Schwester Emilis Heseler, hier selbst ihm zugesallenen Erbschaft bei dem Unterzeichneten oder bei dem Tischlermeister Albert Heseler, Berlin West, Kleiststraße 6, recht bald sich zu melden. Rechtsanwält Liebrecht, Charlottenburg, Berlinerstr. 104.

### Volk's-Buchhandlung

sucht ein Partigenosse gegen Baarzahlung zu kaufen. Gest. Offerten unter A. 2 a. d. Exp. des „Vorwärts“. Bessere sämmtliche Werkzeuge für Töpfer, Stuckateure, Bildhauer unter vollständiger Garantie. 1999B S. Kurze, Invalidenstr. 107.

### Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 8806L am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl! Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

### 500 Stück Kinderwagen!

Durch selten günstigen Abschluß stelle dieselben spottbillig zum Ausverkauf Lützowstr. 73. 1998b Grönauerstr. 25, 1 Etage und Küche, auch 2 Stuben und Küche, Korridor, Keller und Boden sofort zu vermieten, auch zum 1. April 1893.

### Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Fantast, Sobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig! Proben franco! Emil Lefèvre, Berlin S., Gerlinstr. 158. Ritterstr. 103, I.-III. trdl. Vorderw. m. Klost. l. 96-140 Thlr. u. l. April zu vermieten. 1973b

### Meyer's Lexikon

Bücher, Biblio. thelen tauf Hannemann, Kochstr. 56. [2001b] Alte Stiefel gr. Ausw., Reparatur u. Best. reell u. billig. Runge, Lützowstr. 2. 2005b Kalbfleisch von 35-45 Pfg. Auguststr. 50a. Sopha verk. d. Verwalter Admiralstr. 8.

### Mein großer Saal

ist noch einige Sonnabende u. Sonntage im April und Mai zu vergeben. Reinhold Krösche, Fiedstr. 29. Haug's Bierhaus. Neu eröffnet: Grüner Weg 61, nahe dem Küstriner Platz. - Alle Freunde und Bekannte lade ganz ergebenst ein. 8371E W. Haug. Schaffställe Kronenstr. 83, Hof rechts, bei Bedarf. 1995b

### Arbeitsmarkt.

Einen Korbmacher verlangt sofort C. Kösemann, Fruchtstr. 89, Qbg. I. Tüchtige Plattenbauer sucht Marmor-Industrie Kiefer, Trebbinerstraße. Grundrizer verlangt Goldleisten-Fabrik Kottbuser-Ufer 82. 1995b